WISSENSCHAFTSRAT

Empfehlungen zur Stärkung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen

Drs. 5455-02
Saarbrücken, 15. November 2002/wa

Empfehlungen zur Stärkung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen

Inhalt — Seite

Vorbemerkung 2

I. Arbeitsbedingungen für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung an Hochschulen 3
I.1. Strukturen von Lehre und Studium 4
I.2. Strukturen der Forschung 6
I.3. Quantitative Entwicklung 11

II. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in Deutschland und im internationalen Vergleich 30
II.1. Publikationsaktivitäten und Rezeptionserfolg 30
II.2. Beispiele aus den Ländern Bayern und Niedersachsen 37
II.3. Beispiele aus dem Ausland 41

III. Wissenschaftliche Beratung für Politik und Öffentlichkeit 47

IV. Wissenschaftliche Infrastruktur 52

V. Empfehlungen 55
V.1. Allgemeine Einschätzung 55
V.2. Zur Internationalisierung der Forschung 58
V.3. Zum Verhältnis von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung 60
V.4. Zur Organisation von Forschung und Lehre 62
V.5. Zum wissenschaftlichen Personal 65
V.6. Zur informationellen Infrastruktur 68
V.7. Zum Verhältnis zu anderen Disziplinen 70
V.8. Zum Anwendungsbezug und zur wirtschaftspolitischen Beratung 72

VI. Zusammenfassende Empfehlungen 74

Statistischer Anhang 78

Anlage: Bibliometrische Analyse 143

Vorbemerkung

Im Zusammenhang mit seinen Stellungnahmen zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste hatte der Wissenschaftsrat in einer allgemeinen übergreifenden Stellungnahme[1)] empfohlen, Fragen zum Status der empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland und im internationalen Vergleich vertieft zu untersuchen und eine breit angelegte Untersuchung zur Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen durchzuführen. Fragen der theoretischen Wirtschaftsforschung sollten dabei einbezogen werden, soweit dies für den Untersuchungszweck angebracht ist.

Die Empfehlungen sind von einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates vorbereitet worden. Ihr gehörte eine Reihe von Sachverständigen an, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Darüber hinaus sind zahlreiche Fachwissenschaftler im In- und Ausland um Informationen und ihre Meinung zu Fragen der Struktur und Organisation der Wirtschaftswissenschaften überwiegend an Hochschulen gebeten worden. Ihnen und allen anderen, die die Arbeit mit Rat und Auskunft unterstützt haben, ist der Wissenschaftsrat zu Dank verpflichtet.

Der Wissenschaftsrat hat die Empfehlungen am 15. November 2002 in Saarbrücken verabschiedet.

---

1) Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste – Wirtschaftsforschungsinstitute in den alten Ländern – Band III, Köln 1998, S. 7ff.

I. Arbeitsbedingungen für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung an Hochschulen

Entsprechend dem Fokus der vorliegenden Untersuchung auf empirische wirtschaftswissenschaftliche Forschung, auf das Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung sowie auf wirtschaftspolitische Beratung geht es im Folgenden weitgehend um die Volkswirtschaftslehre (VWL) an Universitäten. Bei der Beschreibung und in der Statistik wird aus Informationsgründen häufig auch die Betriebswirtschaftslehre (BWL) an Universitäten und Fachhochschulen einbezogen; die VWL ist nur an sehr wenigen Fachhochschulstandorten etabliert.

Der Begriff der empirischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung umfasst alle Forschungsarbeiten, die auf das Testen ökonomischer Theorien oder auf die Analyse konkreter wirtschaftlicher Fragestellungen ausgerichtet sind. Untersucht werden auf die Gesamtwirtschaft oder auf einzelne Sektoren bezogene aggregierte Daten, auf einzelne Haushalte oder Unternehmen bezogene Umfragedaten oder administrative Daten bzw. aus Experimenten gewonnene Daten. Dabei finden statistische und/oder ökonometrische Methoden Verwendung.

Wirtschaftswissenschaftliche Forschung wird in Deutschland an Hochschulen und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrieben. Während sich die wirtschaftswissenschaftliche Forschung an den Universitäten zum größeren Teil auf Grundlagenforschung und an den Fachhochschulen im Wesentlichen auf angewandte Forschung überwiegend zu betriebswirtschaftlichen Fragestellungen konzentriert, wird empirische Wirtschaftsforschung zu einem erheblichen Teil in Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen betrieben, zu denen vor allem die von Bund und Ländern nach Artikel 91 b GG gemeinsam geförderten Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste/Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) gehören. Wirtschaftswissenschaftliche Forschung, sei sie stärker grundlageorientiert, sei sie stärker anwendungsorientiert, wird außerhalb der Hochschulen auch in wenigen Instituten der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) sowie in privaten Institutionen durchgeführt.

Da in den Hochschulen die Lehre eine wesentliche Rolle spielt, werden im folgenden Lehre und Studium als wichtige Rahmenbedingung für die Forschung in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern im strukturellen und quantitativen Überblick dargestellt.

I.1. Strukturen von Lehre und Studium

Das Studium der Wirtschaftswissenschaften ist in Deutschland zur Zeit an 76 Universitäten möglich. An den meisten Fachhochschulen werden betriebswirtschaftliche Studiengänge angeboten, volkswirtschaftliche dagegen nur an drei Fachhochschulen (Nürtingen, Schmalkalden, Hochschule Bremen).

Nach den Prüfungs- und Studienordnungen für die Diplom-/Bachelor-/Master-Studiengänge wird als Ziel des Studiums der Wirtschaftswissenschaften in der Regel angegeben, dass Fähigkeiten vermittelt werden sollen, selbständig ökonomische Probleme zu erkennen und sachgerecht darzustellen, wirtschaftswissenschaftliche Konzepte auf ihren Beitrag zur Problemlösung kritisch zu analysieren, mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und so auf eine berufliche Tätigkeit vorzubereiten.

Neben den VWL- und BWL-Studiengängen werden an machen Universitäten auch Studiengänge in Wirtschaftspädagogik sowie Wirtschaftswissenschaften/Ökonomie angeboten, wobei im letztgenannten Fall Studieninhalte der VWL und BWL integriert angeboten werden (U Augsburg, U Bochum, U Bremen, U Dortmund, U Duisburg, U Gießen, U Hannover, U Hohenheim, U/GH Kassel, U Oldenburg, U Paderborn, U Ulm, U Witten/Herdecke, U/GH Wuppertal).

Als Voraussetzungen für das Studium der Wirtschaftswissenschaften werden überwiegend gute Kenntnisse in Englisch und Mathematik, in einigen Fällen, speziell in BWL, auch in EDV genannt. An Universitäten wird ein Praktikum wird in der Regel nicht erwartet, allenfalls studienbegleitend empfohlen. Die Regelstudienzeit ist auf

acht (mit Prüfung: neun) Semester festgelegt, wobei für Grund- und Hauptstudium meist jeweils vier Semester vorgesehen sind.

Im Grundstudium werden in der Regel folgende Lehrinhalte vermittelt, wobei die Gewichtung je nach Studiengang stärker auf BWL oder auf VWL liegt:

- Grundzüge BWL (u. a. Produktion und Organisation, Unternehmensführung, Marketing, Investition und Finanzierung, Rechnungswesen)
- Grundzüge VWL (meist Mikro- und Makroökonomie I und II)
- Recht (wirtschaftlich wesentliche Teile des öffentlichen und privaten Rechts)
- Statistik (Methodenlehre, deskriptive und induktive Statistik)

An einer Reihe von Hochschulen wird Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler (Analysis, Optimierung, Lineare Algebra) und/oder Technik betrieblichen Rechnungswesens (Buchführung), gelegentlich auch EDV, in Propädeutikkursen (häufig in Semesterferien) vermittelt, an anderen Hochschulen sind solche Lehrveranstaltungen in das Grundstudium integriert. Die Lehrinhalte des wirtschaftswissenschaftlichen Grundstudiums werden mit der Diplomvorprüfung abgeschlossen.

Im Hauptstudium wird in der Regel Mikro- und Makroökonomie mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, (z. B. Konjunktur und Wachstum, Geld und Währung, Internationaler Handel) vertieft und es werden Methodenfächer (Statistik, Ökonometrie) gelehrt. Dabei werden entweder theoretische, politische und quantitative Aspekte integriert angeboten oder aber Wirtschaftstheorie und –politik in separaten Veranstaltungen vermittelt. Hinzu kommen entweder zwei Wahlpflichtfächer (u. a. Ökonometrie, Verwaltungswissenschaften, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Sozial- und Arbeitsrecht, Soziologie, Politikwissenschaft) oder alternativ ein Wahlpflichtfach sowie als ein weiteres Pflichtfach Finanzwissenschaft oder BWL. Das Thema für die Diplomarbeit kann an vielen Hochschulen in Abstimmung mit dem Prüfer frei gewählt werden. Prüfungsleistungen können an vielen Hochschulen auch studienbegleitend erbracht werden (Kreditpunktsystem, European Credit Transfer System ECTS).

Die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge schließen in der Regel mit dem Diplom (Diplom-Volkswirt/in), Diplom-Kaufmann/Kauffrau, Diplom-Handelslehrer/in, Diplom-Ökonom/in oder mit dem Bakkalaureus/Bachelor oder Master[2)] ab. Mit Blick auf den Bologna-Prozess ist damit zu rechnen, dass in Zukunft die Zahl der mit dem Bachelor oder Master abschließenden wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge wachsen wird.

I.2. Strukturen der Forschung

Strukturen wirtschaftswissenschaftlicher Forschung lassen sich u. a. anhand von Indikatoren zu den Förderaktivitäten der DFG, zu den Strukturen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zu den Publikationsaktivitäten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereichen und von außeruniversitären Forschungseinrichtungen darstellen.

Die DFG fördert wirtschaftswissenschaftliche Forschung in Form von Projekten einzelner Wissenschaftler (Normalverfahren), von Schwerpunktprogrammen (zur Zeit drei, LMU München, U Regensburg, TU Ilmenau), Forschergruppen (zur Zeit zwei Gruppen, U Augsburg, U Mannheim) sowie Graduiertenkollegs, Innovationskollegs und Sonderforschungsbereiche.

Zur Intensivierung der wirtschaftswissenschaftlichen, vor allem auch der empirischen Forschung an Universitäten haben insgesamt zehn von der DFG geförderte Sonderforschungsbereiche beigetragen, von denen sechs abgeschlossen sind:

- SFB 21, U Bonn: Ökonometrie (1970–1984);
- SFB 86, U Hamburg, U Kiel: Weltwirtschaft (1971–1985);
- SFB 5, U Mannheim: Staatliche Allokationspolitik (1979–1987);
- SFB 3, U Frankfurt, U Mannheim: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik (1979–1990);

[2)] Zurzeit bestehen in den Wirtschaftswissenschaften an Universitäten 26 BA- und 65 MA-Studiengänge, an Fachhochschulen 47 BA- und 111 Master-Studiengänge.

- SFB 303, U Bonn: Information und Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten (1985–1999)
- SFB 178, U Konstanz: Internationalisierung der Wirtschaft (1986–1997).

In der Förderung durch die DFG befinden sich zurzeit vier Sonderforschungsbereiche, die einen starken Bezug zur quantifizierenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschung aufweisen:

- SFB 373, HU Berlin: Qualifikation und Simulation ökonomischer Prozesse (1993);
- SFB 386, LMU München: Statistische Analyse diskreter Strukturen – Modellierung und Anwendung in Biometrie und Ökonometrie (1995);
- SFB 504, U Mannheim: Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung (1997);
- SFB 475, U Dortmund: Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen (1997).

In der Begutachtungsphase befindet sich zur Zeit ein SFB-Transregio zum Thema „Die Organisation ökonomischer Prozesse: Neue Märkte, Technologie und Institutionen“, an denen die Universitäten Bonn, Berlin (FU und HU), Mannheim, LMU München sowie das Wissenschaftszentrum Berlin und das Zentrum für Empirische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim beteiligt sind.

Die DFG förderte 1999/2000 in den Wirtschaftswissenschaften weiter ein Innovationskolleg (Transformation von Wirtschaftssystemen, Europa-Universität Viadrina sowie elf Graduiertenkollegs (U Bochum, U Bonn, TU Berlin, U Dortmund, U Frankfurt, U Göttingen, U Hamburg, U Heidelberg, U Kiel, U Mannheim, U Tübingen).

Zu den Hochschulen, die in den Wirtschaftswissenschaften am stärksten an den DFG-Bewilligungen[3)] partizipiert haben (1996 bis 1998), zählen die Universitäten Bonn (16,3 Mio. DM, Frankfurt/Main (12,6 Mio. DM), HU Berlin (11,4 Mio. DM), FU Berlin (10,9 Mio. DM), Mannheim (10,1 Mio. DM) und LMU München (9,3 Mio. DM).

[3)] Vgl. hierzu und zum folgenden: Deutsche Forschungsgemeinschaft: DFG-Bewilligungen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen 1996 bis 1998, Bonn 2000, S. 51.

Bei der Interpretation solcher Daten und Kennziffern sind vor allem die starken Unterschiede in der Personalausstattung von Fakultäten/Fachbereichen in Rechnung zu stellen.

Mit Bezug zu den empirische Wirtschaftswissenschaften hat die zitierte Erhebung der Wissenschaftsrates bei den Dekanen der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereiche ergeben, dass von der großen Mehrheit der Dekane empirische Wirtschaftsforschung nicht als profilbildend angesehen wird. Dementsprechend spielen empirisch orientierte Veranstaltungen im Grund- und Hauptstudium meist nur im Wahlfachangebot eine Rolle; lediglich jede dritte Abschlussarbeit ist empirisch angelegt. Etwa ein Drittel der Fakultäten/Fachbereiche importiert Kompetenz in empirischer Wirtschaftsforschung durch ausländische Gastwissenschaftler. Spezifische Förderprogramme zur Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung bestehen zur Zeit an fünf Fakultäten/Fachbereichen.

Fast alle Fakultäten/Fachbereiche bieten Forschungsseminare an, wobei in mehr als zwei Drittel aller Fälle empirische Themen eine wichtige Rolle spielen. Ein Drittel der Fakultäten/Fachbereiche bietet ein strukturiertes Doktorandenstudium an. Kenntnisse in empirischer Wirtschaftsforschung werden überwiegend in Doktorandenseminaren und Graduiertenkollegs vermittelt.

Informationen zu den Publikationsaktivitäten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereiche und von außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind in Kapitel II.1. enthalten.

Ein Indikator für Volumen und Qualität wirtschaftswissenschaftlicher Forschung ist die Drittmitteleinwerbung von Fakultäten/Fachbereichen. Im Jahr 1999 wurden insgesamt 116,4 Mio. DM an Drittmitteln eingeworben, gut ein Viertel mehr als im Jahr 1997 (vgl. Anhang 7a). Zu den Spitzenreitern bei den Universitäten zählten im Jahr 1999 die Universitäten Mannheim, Frankfurt, HU Berlin, U des Saarlandes, U Passau, TU Berlin, TU Dresden, U Bonn sowie die beiden Münchner Universitäten.

Übersicht 1a

Drittmitteleinwerbung Wirtschaftswissenschaften[1)]

an Hochschulen 1999 in TDM (Top 20)[2)]

Stand: 23.10.02

Hochschule	Land	Drittmittel
U Mannheim	Baden-Württemberg	4.666
U Frankfurt a.M.	Hessen	4.662
Humboldt-Universität Berlin	Berlin	4.541
U des Saarlandes Saarbrücken	Saarland	4.125
U Passau	Bayern	4.054
TU Dresden	Sachsen	3.964
U Bonn	Nordrhein-Westfalen	3.925
Priv. wiss. H Witten-Herdecke	Nordrhein-Westfalen	3.804
TU München	Bayern	3.497
U München	Bayern	3.491
U Köln	Nordrhein-Westfalen	3.448
U Leipzig	Sachsen	3.315
U Münster	Nordrhein-Westfalen	3.140
U Kaiserslautern	Rheinland-Pfalz	2.354
U-GH Paderborn	Nordrhein-Westfalen	2.331
U Hohenheim	Baden-Württemberg	2.002
U Erlangen-Nürnberg	Bayern	1.915
Europa-U Viadrina Frankfurt (Oder)	Brandenburg	1.862
FU Berlin	Berlin	1.821
U Regensburg	Bayern	1.803

1) Die Zahlen beziehen sich auf den Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften, der in der Systematik des Statistischen Bundesamtes die Fachgebiete Wirtschaftswissenschaften allgemein (integrierte Studiengänge), Arbeitslehre/-wissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Didaktik der Arbeitslehre, Europäische Wirtschaft, Finanzwissenschaft, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Okonometrie, Touristik, Unternehmensforschung/O. R., Verkehrsbetriebswirtschaft, Versicherungswesen,Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftsmathematik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsstatistik umfasst.
2) Das 1998 gegründete Stuttgart Institute of Technology, das 1999 mit 6.300 TDM Drittmitteln (vgl. Anhang 7a) den Studienbetrieb aufnahm, wurde hier noch nicht berücksichtigt.

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes

Bezieht man die eingeworbenen Drittmittel auf die Stellen für wissenschaftliches Personal, so steht die TU München mit weitem Abstand an der Spitze, gefolgt von der U Bonn sowie den Universitäten Kaiserslautern, Passau, Saarbrücken, Leipzig, Dresden und HU Berlin (vgl. Übersicht 1b).

Übersicht 1b

Drittmitteleinwerbung pro Wirtschaftswissenschaftler[1)]

an Universitäten 1999 in TDM (Top 20)

Stand: 23.10.02

Hochschule	Land	Stellen[2)]	Drittmittel	Drittmittel pro Stelle
TU München	Bayern	27,5	3.497	127,2
IHI Zittau	Sachsen	4,0 [3)]	439	109,8
U Bonn	Nordrhein-Westfalen	51,5	3.925	76,2
U Kaiserslautern	Rheinland-Pfalz	33,1	2.354	71,1
U Passau	Bayern	61,0	4.054	66,5
U Saarbrücken	Saarland	71,8	4.125	57,5
U Leipzig	Sachsen	67,5	3.315	49,1
TU Dresden	Sachsen	87,0	3.964	45,6
HU Berlin	Berlin	101,0	4.541	45,0
U der Bundeswehr München	Bayern	15,0	625	41,7
U Ulm	Baden-Württemberg	27,0	1.021	37,8
Europa-U Viadrina Frankf. (Oder)	Brandenburg	57,0	1.862	32,7
U-GH Paderborn	Nordrhein-Westfalen	73,0	2.331	31,9
U Frankfurt a.M.	Hessen	163,5	4.662	28,5
U Hohenheim	Baden-Württemberg	72,6	2.002	27,6
U Würzburg	Bayern	51,0	1.400	27,5
U Münster	Nordrhein-Westfalen	116,9	3.140	26,9
U Mannheim	Baden-Württemberg	173,8	4.666	26,8
WHU Vallendar	Rheinland-Pfalz	30,0	799	26,6
TU Braunschweig	Niedersachsen	32,0	846	26,4

1) Die Zahlen beziehen sich auf den Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften, der in der Systematik des Statistischen Bundesamtes die Fachgebiete Wirtschaftswissenschaften allgemein (integrierte Studiengänge), Arbeitslehre/-wissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Didaktik der Arbeitslehre, Europäische Wirtschaft, Finanzwissenschaft, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Ökonometrie, Touristik, Unternehmensforschung/O. R., Verkehrsbetriebs-wirtschaft, Versicherungswesen, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftsmathematik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsstatistik umfaßt. - 2) Stellen und Stellenäquivalente für wissenschaftliches Personal im Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften ingesamt. Die privaten wissenschaftlichen Hochschulen Stuttgart Institute for Management und Technology und Witten-Herdecke, die keine Stellen gemeldet haben, wurden hier nicht berücksichtigt.
3) Hinzu kommen über 100 Mitarbeiter, Honorarlehrkräfte, Drittmittelangestellte und Promovenden von den Partnerhochschulen in Breslau, Gleiwitz, Reichenberg, Zittau/Görlitz und Freiberg.

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes sowie ICE Informationssystem Hochschulstatistik, Bestand 402 2

Übersicht 1c

Drittmitteleinwerbung pro Wirtschaftswissenschaftler[1)]

an Fachhochschulen 1999 in TDM (Top 20)

Hochschule	Land	Stellen[2)]	Drittmittel	Drittmittel pro Stelle
FH Nordostniedersachsen	Niedersachsen	2,7	271	100,4
Märkische FH	Nordrhein-Westfalen	7	329	47,0
FH Darmstadt	Hessen	6	220	36,7
FH Westküste, Heide	Schleswig-Holstein	13	382	29,4
FH Osnabrück	Niedersachsen	64,3	1672	26,0
H Bremen	Bremen	53	1118	21,1
Technische FH Wildau	Brandenburg	14	276	19,7
FH für Wirtschaft Berlin	Berlin	50	952	19,0
FH Stralsund	Mecklenburg-V.	39	615	15,8
FH Reutlingen	Baden-Württemberg	49	583	11,9
FH Köln	Nordrhein-Westfalen	78	829	10,6
FH Dortmund	Nordrhein-Westfalen	45	418	9,3
FH Lausitz	Brandenburg	19	163	8,6
FH Ludwigshafen	Rheinland-Pfalz	74,1	632	8,5
FH Niederrhein	Nordrhein-Westfalen	42	322	7,7
FH Coburg	Bayern	12	86	7,2
FH Eberswalde	Brandenburg	11	74	6,7
FH Gelsenkirchen	Nordrhein-Westfalen	48	293	6,1
FH Wiesbaden	Hessen	28	166	5,9
FH Brandenburg	Brandenburg	24	130	5,4

1) Die Zahlen beziehen sich auf den Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften, der in der Systematik des Statistischen Bundesamtes die Fachgebiete Wirtschaftswissenschaften allgemein (integrierte Studiengänge), Arbeitslehre/-wissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Didaktik der Arbeitslehre, Europäische Wirtschaft, Finanzwissenschaft, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Ökonometrie, Touristik, Unternehmensforschung/O. R., Verkehrsbetriebs-wirtschaft, Versicherungswesen, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftsmathematik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsstatistik umfaßt. - 2) Stellen und Stellenäquivalente für wissenschaftliches Personal im Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften ingesamt.

Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes sowie ICE Informationssystem Hochschulstatistik, Bestand 402 2

I.3. Quantitative Entwicklung

Studierende

Die nachfolgenden quantitativen Angaben stammen – falls nicht anders angemerkt – aus der amtlichen Statistik. Diese unterscheidet die Fächer (a) Volkswirtschaftslehre (VWL) (b) Betriebswirtschaftslehre (BWL) und (c) Wirtschaftswissenschaften im Sinne von an einigen Universitäten angebotenen integrierten BWL- und VWL-Studien

gängen (vgl. I.1.). In dem nachfolgenden quantitativen Überblick werden deshalb die Studiengänge im Sinne der amtlichen Statistik bezeichnet, wobei der Studiengang Wirtschaftswissenschaften ausschließlich im definierten Sinne (c) (integrierte Studiengänge) verwendet wird.

Die Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gehört zusammen mit den Sprach- und Kulturwissenschaften zu den Fächergruppen, die zwischen den Jahren 1980 und 2000 ihre Studierendenzahlen an Universitäten/Gesamthochschulen verdoppelt haben (angestrebte Diplom-, Staats- und Magisterprüfung, ohne Lehramtsprüfungen und angestrebte Promotion). Während im WS 1980/81 knapp 160.000 Studierende in den Fächern der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben waren, waren es im WS 1999/2000 knapp 325.000. An den Fachhochschulen stiegen die Studierendenzahlen in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im gleichen Zeitraum von rd. 83.200 auf fast 201.000 an (um 142 %), wobei dieser Zuwachs über dem Durchschnitt aller an Fachhochschulen vertretenen Fächergruppen lag.

In den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen sind in den Jahren zwischen 1980 und 2000 (vgl. Übersicht 2) die Studierendenzahlen an Universitäten, Gesamthochschulen und Fachhochschulen von rd. 99.200 im Jahr WS 1980 auf rd. 267.300 Studierende im Jahr 2000 angestiegen (+ 170 %). Dabei fielen die Anstiege in den Studiengängen der Betriebswirtschaftslehre (BWL, von 44.800 auf knapp 143.900, + 220 %), der Volkswirtschaftslehre (VWL, von knapp 14.000 auf knapp 23.200, + 66 %) und der Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge) (von knapp 33.600 auf gut 77.100, + 130 %) sehr unterschiedlich aus. Im Vergleich zum Jahr 1990 stiegen die Studierendenzahlen in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen um 21 %, im Vergleich zum Jahr 1995 um 6,3 % an, wobei in den letzten fünf Jahren die VWL von dem Anstieg stärker profitiert hat als die BWL und die Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge). Mit Blick vor allem auf den Studiengang BWL ist dabei aber zu berücksichtigen, dass Zugangsregulierungen (Numerus clausus) Schlüsse auf das Wahlverhalten der Studierenden erschweren.

Übersicht 2
Studierende aller Abschlussarten
im Studienbereich Wirtschaftswissenschaften[1)]

Stand: 23.10.02

	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Universitäten	**62.534**	**93.181**	**129.803**	**130.048**	**122.509**	**121.152**	**118.246**	**118.190**	**122.252**	**126.984**
darunter BWL	28.582	51.789	80.689	77.876	73.783	72.438	70.362	69.891	71.498	72.788
darunter VWL	13.875	18.111	20.993	21.576	21.586	21.808	21.554	21.599	22.401	23.787
darunter Wirtschaftswiss.	13.554	18.679	23.864	23.449	19.652	18.921	18.115	17.781	18.595	19.559
Gesamthochschulen	**15.647**	**20.267**	**34.992**	**45.316**	**44.592**	**44.119**	**43.434**	**42.188**	**40.688**	**41.491**
darunter BWL	836	1.607	3.880	2.902	329	2.177	1.930	1.730	3.057	2.000
darunter VWL	103	115	218	504	207	298	227	170	480	737
darunter Wirtschaftswiss.	14.420	18.425	30.631	41.185	43.386	41.009	40.641	39.650	36.391	37.922
Fachhochschulen[2)]	**29.343**	**47.634**	**55.196**	**76.163**	**81.164**	**86.783**	**92.129**	**97.189**	**104.402**	**112.714**
darunter BWL	15.001	29.438	38.510	58.431	61.796	63.676	64.837	66.380	69.322	72.424
darunter VWL	-	-	-	-	39	72	108	207	283	332
darunter Wirtschaftswiss.	5.418	9.272	12.336	14.917	15.348	17.330	18.767	20.143	22.149	24.519
Hochschulen insgesamt[3)]	**99.202**	**161.796**	**220.001**	**251.527**	**248.265**	**252.054**	**253.809**	**257.567**	**267.342**	**281.189**
darunter BWL	44.808	83.479	123.079	139.209	135.908	138.291	137.129	138.001	143.877	147.212
darunter VWL	13.978	18.226	21.211	22.080	21.832	22.178	21.889	21.976	23.164	24.856
darunter Wirtschaftswiss.	33.585	46.411	66.831	79.551	78.386	77.260	77.523	77.574	77.135	82.000

1) In der Systematik des Statistischen Bundesamtes umfasst der Studienbereich Wirtschaftswissenschaften die Fächer Arbeitslehre/Wirtschaftslehre, BWL, Europäische Wirtschaft, Internationale Betriebswirtschaft/Management, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Sportökonomie, Touristik, Verkehrsbetriebswirtschaft, VWL, Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge), nicht jedoch Wirtschaftsingenieurwesen, das einen eigenen Studienbereich bildet. - 2) Einschl. Verwaltungsfachhochschulen. - 3) Einschl. Pädagogische und Kunsthochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen, Wintersemester 1979/80 bis 2000/01 sowie Loseblattlieferung 2001/02.

Der Vergleich in der Entwicklung der Studierendenzahlen von 1980 bis 2000 in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen zwischen Universitäten/Gesamthochschulen auf der einen Seite und Fachhochschulen auf der anderen Seite zeigt, dass an Universitäten/Gesamthochschulen die Studierendenzahlen insgesamt um etwas mehr als 100 % angestiegen sind, während an den Fachhochschulen die Studierendenzahlen im gleichen Zeitraum um über 250 % zunahmen.

Im Statistischen Anhang ist die Entwicklung der Studierendenzahlen in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen nach Hochschulen, zum Teil nach Ländern für die Jahre 1997 bis 1999 dargestellt. In der Darstellung nach Ländern zeigt sich, dass die Studierendenzahlen in den alten Ländern überwiegend zurückgingen, in den neuen Ländern dagegen überwiegend anstiegen.

Studienanfänger

Studienplätze in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurden zwischen 1980 und 2000 überdurchschnittlich stark nachgefragt. Die Zahl der Studienanfänger an den Universitäten stieg von rd. 44.100 auf 87.600 an (+ 92 % bei einem Durchschnitt von 68 %), an den Fachhochschulen sogar von rd. 17.200 auf 46.700 (+ 171 % bei einem Durchschnitt von 117 %).

In den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen sind die Zahlen für die Studienanfänger (1. Fachsemester aller Abschlussarten) an den Universitäten/Gesamthochschulen und Fachhochschulen in den Jahren zwischen 1980 und 2000 (vgl. Übersicht 3) von rd. 26.700 (1980) auf rd. 71.400 (2000) (+ 167 %) angestiegen. Vergleicht man die Entwicklung von 1990 bzw. 1995 mit 2000, so betrug die Zunahme jeweils rd. 35 %, wobei von diesem Anstieg die VWL am meisten profitierte.

Betrachtet man die Entwicklung der Studienplatznachfrage für die Jahre 1980 bis 2000 in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen und im Vergleich von Universitäten/Gesamthochschulen und Fachhochschulen, so zeigt sich, dass die Universitäten/Gesamthochschulen ein Plus von rd. 120 % Studienanfängern zu verzeichnen hatten, während sich der Anstieg an den Fachhochschulen auf rd. 300 %

Übersicht 3
Studienanfänger (1. FS) aller Abschlussarten
im Studienbereich Wirtschaftswissenschaften[1)]

Stand: 23.10.02

	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Universitäten	**15.162**	**21.800**	**28.987**	**22.903**	**25.716**	**27.697**	**28.500**	**30.762**	**32.866**	**34.319**
darunter BWL	6.134	11.523	17.321	13.570	14.320	15.271	15.199	16.002	16.829	16.859
darunter VWL	4.167	4.323	4.655	3.168	5.118	6.270	6.970	7.560	7.898	8.585
darunter Wirtschaftswiss.	3.701	4.957	5.608	4.673	4.500	4.046	4.329	4.611	5.122	5.483
Gesamthochschulen	**4.651**	**5.455**	**10.808**	**9.991**	**9.995**	**10.843**	**10.770**	**11.477**	**11.386**	**12.280**
darunter BWL	153	731	1.326	360	108	436	427	450	866	667
darunter VWL	15	39	69	204	6	21	31	37	383	514
darunter Wirtschaftswiss.	4.367	4.657	9.323	9.276	9.742	10.233	10.186	10.788	9.908	10.812
Fachhochschulen[2)]	**6.717**	**13.057**	**13.086**	**14.504**	**20.385**	**21.855**	**23.506**	**25.680**	**27.170**	**29.016**
darunter BWL	5.089	7.740	9.377	14.302	15.229	15.184	15.925	17.331	17.724	18.186
darunter VWL	-	-	-	-	39	41	48	92	121	106
darunter Wirtschaftswiss.	1.621	2.292	2.315	3.610	3.793	4.588	4.588	5.072	5.579	6.180
Hochschulen insgesamt[3)]	**26.708**	**40.465**	**52.881**	**51.611**	**56.096**	**60.395**	**62.776**	**67.919**	**71.422**	**75.615**
darunter BWL	11.494	20.135	28.024	28.232	29.657	30.891	31.551	33.783	35.419	35.712
darunter VWL	4.182	2.259	4.724	3.372	5.163	6.332	7.049	7.689	8.402	9.205
darunter Wirtschaftswiss.	9.740	11.907	17.246	17.559	18.035	18.867	19.103	20.471	20.609	22.475

1) In der Systematik des Statistischen Bundesamtes umfasst der Studienbereich Wirtschaftswissenschaften die Fächer Arbeitslehre/Wirtschaftslehre, BWL, Europäische Wirtschaft, Internationale Betriebswirtschaft/Management, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Sportökonomie, Touristik, Verkehrsbetriebswirtschaft, VWL, Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge), nicht jedoch Wirtschaftsingenieurwesen, das einen eigenen Studienbereich bildet. - 2) Einschl. Verwaltungsfachhochschulen. - 3) Einschl. Pädagogische und Kunsthochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.1 Studierende und Hochschulen, Sommersemester 1980 bis 2001 sowie Loseblattlieferung 2001/02

belief. Bei den Universitäten/Gesamthochschulen hatte eine Reihe von Hochschulen in den neuen Ländern besonders starke Zuwächse bei den Studienanfängerzahlen zu verzeichnen (vgl. Statistischer Anhang).

Studienabbrecher

In Bezug auf Studienabbrecherquoten liegen aktuelle Berechnungen der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), Hannover bezogen auf den Prüfungsjahrgang 1999 vor.[4)] Dabei ist die Studienabbrecherquote von 31 % in den Wirtschaftswissenschaften (BWL, VWL, integrierte Studiengänge) besonders vor dem Hintergrund der zumindest zeitweisen Zulassungsbeschränkung (z. B. ZVS-Auswahlverfahren für BWL) überraschend hoch.

Übersicht 4

Studienabbrecher- und Schwundquoten an Universitäten in Prozent

Fächergruppe Studienbereich	Studien-abbruch	+	Studien-wechsel	=	Schwund	-	Zuwan-derung	=	Schwund-bilanz
Sprach-, Kulturw., Sport	33	+	25	=	58	-	19	=	39
Jura,Wirts.- u. Sozialw.	30	+	11	=	40 *	-	11	=	29
Sozialwiss., Sozialwesen	42	+	30	=	72	-	39	=	33
Rechtswissenschaften	27	+	10	=	37	-	12	=	25
Wirtschaftswissenschaften	31	+	13	=	43 *	-	10	=	33
Mathematik/Naturw.	23	+	22	=	45	-	6	=	39
Medizin	8	+	4	=	12	-	12	=	0
Agrar-, Forst-, Ernährungsw.	21	+	10	=	31	-	11	=	20
Ingenieurwissenschaften	26	+	17	=	43	-	6	=	37
Kunst	30	+	15	=	45	-	30	=	15
Lehramt	14	+	15	=	29	-	17	=	12
Insgesamt	**24**	+	**16**	=	**40**	-	**12**	=	**28**

* Rundungsdifferenzen

HIS-Studienabbruchuntersuchung 2002

4) Heublein, Schmelzer, Sommer, Spangenberg: Studienabbruchstudie 2002. Die Studienabbrecherquoten in den Fächergruppen und Studienbereichen der Universitäten und Fachhochschulen. HIS Kurzinformation AF/2002. Hannover, Juli 2002.

Neben den Studienabbrecherquoten ermittelt HIS auch Schwundquoten, bei denen die Fächergruppen- bzw. Studienbereichswechsler sowie die Zuwanderung aus anderen Fächergruppen bzw. Studienbereichen mit berücksichtigt werden. Der Studienbereich Wirtschaftswissenschaften (BWL, VWL, integrierte Studiengänge) weist mit 43 % einen deutlich niedrigeren Schwund als die Sozialwissenschaften (72 %) auf, allerdings ist der Schwund bei den Rechtswissenschaften (37 %) niedriger.

An den Fachhochschulen weist die Fächergruppe Wirtschaftswissenschaften/Sozialwesen eine für Fachhochschulen überdurchschnittlich hohe Abbrecherquote von 25 % auf. Zwar sind diese Quoten niedriger als die Vergleichswerte an Universitäten, aber für die Fachhochschulen mit ihren kurzen Studienzeiten und ihrer klaren Studienplanung sind sie auffällig hoch.

Übersicht 5

Studienabbrecher- und Schwundquoten an Fachhochschulen in Prozent

Fächergruppe Studienbereich	Studien-abbruch	+	Studien-wechsel	=	Schwund	-	Zuwan-derung	=	Schwund-bilanz
Sprach-, Kulturw., Sport	22	+	7	=	28 *	-	27	=	1
Wirts.- u. Sozialw.	16	+	4	=	20	-	16	=	4
Sozialwiss., Sozialwesen	6	+	5	=	11	-	12	=	-1
Wirtschaftswiss.	25	+	3	=	28	-	18	=	10
Mathematik/Naturw.	34	+	7	=	41	-	22	=	19
Agrar-, Forst-, Ernährungsw.	25	+	3	=	28	-	6	=	22
Ingenieurwissenschaften	21	+	5	=	26	-	9	=	17
Insgesamt	**20**	+	**5**	=	**24 ***	-	**13**	=	**11**

* Rundungsdifferenzen

HIS-Studienabbruchuntersuchung 2002

Absolventen

Die Zahl der Absolventen in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen ist in den Jahren (1980–2000) an Universitäten/Gesamthochschulen um über 120 % angestiegen (vgl. Übersicht 6). Insgesamt machten im Jahr 2000 rd. 13.500 Studierende einen Diplom- oder Magisterabschluss, 22 % mehr als 1990, aber 23 % weniger

als 1995. Im Vergleich zu 1995 gingen die Zahlen der Diplomabschlüsse in VWL mit rd. 30 % vergleichbar stark zurück wie die Diplomabschlüsse in BWL. An den Fachhochschulen stieg zwischen 1980 und 2000 die Zahl der Absolventen von 1.400 auf 12.300 an (+ 770 %). während im Zeitraum 1995–2000 entsprechende Diplomabschlüsse mit einem Plus von fast 28 % zu verzeichnen waren.

Übersicht 6

Absolventen im Studienbereich Wirtschaftswissenschaften

an Universitäten/Gesamthochschulen und Fachhochschulen

Stand: 18.4.02

Abschlussart	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Diplom (U), Diplom I (U-GH) und Magister an Univ. u. FHs	6.032	7.305	11.120	17.563	18.217	15.335	13.699	12.319	13.524
darunter: BWL	2.637	3.918	7.231	11.365	11.259	9.508	8.006	7.565	8.182
VWL	1.264	1.023	1.431	2.026	2.324	2.045	1.663	1.428	1.405
Diplom (FH)	1.420	7.486	9.479	9.650	9.960	10.273	10.869	11.281	12.344

1) In der Systematik des Statistischen Bundesamtes umfasst der Studienbereich Wirtschaftswissenschaften die Fächer Arbeitslehre/Wirtschaftslehre, BWL, Europäische Wirtschaft, Internationale Betriebswirtschaft/Management, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Sportökonomie, Touristik, Verkehrsbetriebswirtschaft, VWL, Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.2 Prüfungen an Hochschulen, 1980-2000

Einzelheiten, insbesondere zu den Entwicklungen an einzelnen Hochschulen, sind dem Statistischen Anhang zu entnehmen.

Promotion und Habilitation

Die Zahl der bestandenen Promotionen ist in den Jahren 1980 bis 2000 von 492 auf 1.024 angestiegen (108 %) (vgl. Übersicht 7a). Zwischen 1990 und 2000 betrug die Zunahme 57 %, zwischen 1995 und 2000 11 %. Im Vergleich zwischen den Fächern BWL und VWL fiel der Anstieg in der BWL unabhängig vom Basisjahr deutlich höher aus als in der VWL.

Im Vergleich zu den Promotionen ist die Zahl der Habilitationen zwischen 1980 und 2000 vergleichsweise stark angestiegen, nämlich von 35 auf 116.

Übersicht 7a

Promotionen und Habilitationen im Bereich Wirtschaftswissenschaften

Stand: 6.5.02

	1980	1985[1)]	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Promotionen	**492**	**512**	**603**	**924**	**1.022**	**992**	**1.042**	**1.040**	**1.024**
davon im Fach BWL	158	206	225	384	454	491	453	511	531
VWL	135	122	171	215	254	218	259	248	240
Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge)	196	128	198	312	292	270	319	265	228
Sonstige[2)]	3	10	9	13	22	13	11	16	25
Habilitationen	**36**	**27**	**32**	**51**	**68**	**53**	**66**	**83**	**116**

1) Differenzen erklären sich dadurch, dass die Summe aus der Verwaltungsmeldung stammt und die Zahlen für die einzelnen Fächer aus der Individualerhebung.
2) Wirtschaftspädagogik, Arbeitslehre/Wirtschaftslehre, Wirtschaftsmathematik, Wirtschafts-/Sozialgeographie, Wirtschafts-/Sozialgeschichte, Internat. Betriebswirtschaft/Management

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.2 Prüfungen an Hochschulen, Reihe 4.4 Personal an Hochschulen 1980-2000

Das Promotions- und Habilitationsalter hat sich zwischen 1985 und 2000 kaum verändert, die Promotion wird in Deutschland mit knapp 33 Jahren, die Habilitation mit rd. 37 Jahren abgeschlossen. Dagegen haben sich zwischen 1995 und 2000 die Promotions- und vor allem die Habilitationsintensität verändert, und zwar die Promotionsintensität um rd. 20 %, während die Habilitationsintensität um fast 150 % zugenommen hat (vgl. Übersicht 7b und c).

Übersicht 7b

Promotions- und Habilitationsalter (arithmetisches Mittel)

Stand: 19.6.02

	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Promotionsalter Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	32,4	32,2	32,3	31,6	33,9	36,4	34,9	32,7
Promotionsalter Studienbereich Wirtschaftswissenschaften	keine Angabe				32,0	32,3	32,3	k. A.
davon im Fach BWL					31,8	31,8	31,7	
davon im Fach VWL					31,9	32,3	32,8	
Habilitationsalter Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften	37,9	38,4	37,3	36,7	39,0	37,5	38,5	37,3

Übersicht 7c

Promotions- und Habilitationsintensität[1)]

Stand: 20.6.02

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Promotionsintensität	64,9	69,8	69,8	73,5	73,7	78,0
Habilitationsintensität	3,6	4,6	3,7	4,7	5,9	8,8

1) Verhältniszahl von Promotionen bzw. Habilitationen zu je 100 C4+C3-Professoren an Universitäten und Gesamthochschulen

Übersicht 7d

Promotionsquoten

Stand: 1.8.02

	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Promotionen	492	512	603	924	1.022	992	1.042	1.040	1.024
Absolventen[1)]	6.385	6.474	8.414	11.211	12.483	14.116	15.371	16.223	16.181
Promotionsquote	7,7%	7,9%	7,2%	8,2%	8,2%	7,0%	6,8%	6,4%	6,3%

1) Mittlere Absolventenzahl Diplom (U), Magister, Diplom (U)-Lehrer, Lehramt S II des fünften bis dritten Jahres zuvor

Ergebnisse für einzelne Hochschulen sind dem Statistischen Anhang zu entnehmen.

Stellen für wissenschaftliches Personal

Die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal an Universitäten und Gesamthochschulen in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen lag 2000 insgesamt bei knapp 4.800 Stellen. Im Vergleich zu 1995 bedeutete dies eine Abnahme um 4 % (vgl. Übersicht 8a).

Betrachtet man die einzelnen Stellenkategorien, so verfügten die Universitäten/Gesamthochschulen im Jahr 2000 über 1.059 C4-Stellen (knapp 3 % mehr als 1995), 354 C3-Stellen (- 10 % verglichen mit 1995), 149 C2-Stellen (13 % weniger als 1995) und 1.210 C1-Stellen (- 3 % gegenüber 1995). Stellenbestände und Entwicklungen sind im Einzelnen dem Statistischen Anhang zu entnehmen.

Übersicht 8a

Stellen für wissenschaftliches Personal[1)]

an Hochschulen im Lehr- und Forschungsbereich

Wirtschaftswissenschaften[2)]

Stand: 22.10.02

Personalstellen	1980 [3)]	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Hochschulen insg.	**2.317**	**4.540**	**5.201**	**7.311**	**7.659**	**7.564**	**7.603**	**7.559**	**7.627**
Univ. u. GHs insg.[4)]	**1.751**	**3.488**	**3.802**	**4.991**	**5.142**	**4.945**	**4.946**	**4.805**	**4.776**
darunter: Professoren	552	1.230	1.248	1.592	1.639	1.572	1.550	1.555	1.562
C4	.	.	.	1.030	1.063	1.063	1.065	1.057	1.059
C3	.	.	.	394	402	358	353	354	354
C2	.	.	.	168	174	151	132	144	149
darunter: Assistenten/C1[5)]	85	226	944	1.243	1.244	1.264	1.243	1.234	1.210
Fachhochschulen insg.[6)]	**566**	**1.052**	**1.400**	**2.320**	**2.517**	**2.619**	**2.657**	**2.754**	**2.851**
darunter: Professoren	546	1.002	1.282	1.996	2.165	2.283	2.349	2.435	2.502
C3	.	.	.	1.163	1.257	1.296	1.336	1.398	1.432
C2	.	.	.	833	908	987	1.013	1.037	1.070

1) Personalstellen ohne Stellenäquivalente. - 2) Der Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften umfasst in der Systematik des Statistischen Bundesamtes die Fachgebiete Wirtschaftswissenschaften allgemein (integrierte Studiengänge), Arbeitslehre/-wissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Didaktik der Arbeitslehre, Europäische Wirtschaft, Finanzwissenschaft, Management im Gesundheits- und Sozialbereich, Ökonometrie, Touristik, Unternehmensforschung/O. R., Verkehrsbetriebswirtschaft, Versicherungswesen,Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftsmathematik (f. Wirtschaftswiss.), Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsstatistik umfasst. - 3) Aufgrund einer verbesserten Erfassung der Fachgebiete ab 1982 erhöhte sich die Zahl der Stellen für Wirtschaftswissenschaftler von 1981 auf 1982 um 1.884, die vorher dem Lehr- und Forschungsbereich "Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften allgemein" zugeordnet waren. - 4) einschl. Pädagogische Hochschulen. - 5) bis 1990 Aufgliederung nach Dienstbezeichnungsgruppe, ab 1995 nach Einstufung. - 6) einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.4 Personal an Hochschulen, 1980-2000

Übersicht 8b zeigt, wie sich in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen zwischen 1995 und 2000 die Betreuungsrelationen im Einzelnen entwickelt haben. Bezieht man die Zahlen der Studienanfänger (1. Fachsemester), der Studierenden und der Absolventen auf die Stellen für Wissenschaftler insgesamt, so ist die Betreuungsrelation bei den Studienanfängern stark angestiegen, wobei der Anstieg bei den Fachhochschulen stärker war (51 %) als bei den Universitäten (26 %). Die Relation der Studierenden pro Wissenschaftler ging an den Universitäten leicht, die der Absolventen pro Wissenschaftler um 20 % zurück, während an den Fachhochschulen die Relationen anstiegen. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Zahlen der Studienanfänger, der Studierenden und der Absolventen auf die Zahl der Professoren bezieht: Während die Betreuungsrelationen an den Universitäten bei den Stu

dienanfängern stark angestiegen und bei den Studierenden und Absolventen rückläufig waren, sind die Betreuungsrelationen an den Fachhochschulen durchweg angestiegen.

Übersicht 8b

Betreuungsrelationen an Hochschulen im Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften

Stand: 23.10.02

	1980 [3]	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Univ./Gesamthochschulen Studienanf. pro Wissens.	11,3	7,8	10,5	7,4	6,9	7,8	7,9	8,8	9,3
Studierende pro Wissens.	37,5	32,5	43,3	35,1	32,5	33,4	32,7	33,4	34,1
Absolventen pro Wissens.	3,4	2,1	2,9	3,5	3,5	3,1	2,8	2,6	2,8
Studienanf. 1. FS pro Prof.[1]	36,0	22,2	32,1	26,1	24,4	27,1	27,7	29,9	31,3
Studierende pro Professor[1]	118,8	92,3	132,0	123,1	114,1	116,3	114,0	113,7	115,3
Absolventen pro Professor[1]	10,9	5,9	8,9	12,3	12,4	10,8	9,7	8,7	9,6
Fachhochschulen Studienanf. 1. FS pro Wissens.	11,9	11,4	9,3	6,3	8,1	8,3	8,8	9,3	9,5
Studierende pro Wissens.	36,1	40,7	39,4	32,8	32,2	33,1	34,7	35,3	36,6
Absolventen pro Wissens.	2,6	7,1	6,8	4,2	4,0	3,9	4,1	4,1	4,3
Studienanf. 1. FS pro Prof.[2]	12,3	12,0	10,2	7,3	9,4	9,6	10,0	10,5	10,9
Studierende pro Professor[2]	37,4	42,7	43,1	38,2	37,5	38,0	39,2	39,9	41,7
Absolventen pro Professor[2]	2,7	7,5	7,4	4,8	4,6	4,5	4,6	4,6	4,9

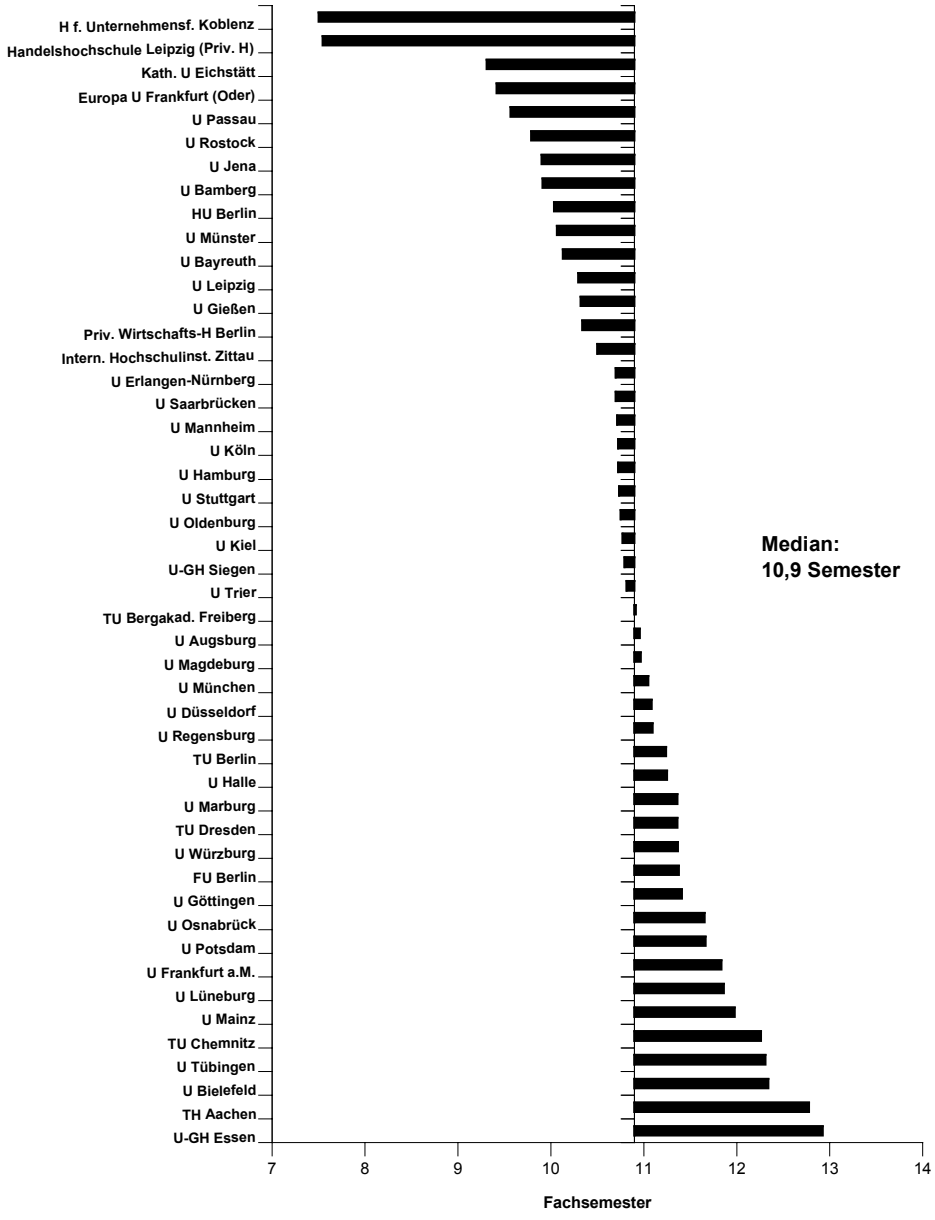
1) 1980-1990 pro Professorenstelle, 1995-2000 pro C4/C3-Stelle. - 2) 1980-1990 pro Professorenstelle, 1995-2000 pro C3/C2-Stelle. - 3) Hier ist zu berücksichtigen, dass vor 1982 fast 2.000 Stellen noch nicht unter dem Lehr- und Forschungsbereich Wirtschaftswissenschaften, sondern als "Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften allgemein" erfasst wurden (vgl. Fußnote 3 zu Übersicht 8a).

Mittlere Fachstudiendauer

Im Zusammenhang mit der quantitativen Entwicklung relevanter Input- und Output-Größen in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen ist auch die Frage nach der Studiendauer von Bedeutung. Auskunft hierüber gibt der Median, der angibt, in welcher Zeit die ersten 50 % der Absolventen erfolgreich einen Studienabschluss erworben haben.

Die mittlere Fachstudiendauer im Diplomstudiengang BWL an Universitäten ging von 11,2 Semestern im Jahr 1990 auf 10,9 Semester im Jahre 1998 zurück. Die Streuung der Studienzeiten der mittleren 50 % der Absolventen war insgesamt hoch; besonders große Quartilsabstände waren an der Universität Oldenburg, der TH Aachen und an der Universität-Gesamthochschule Essen erkennbar. Am kürzesten war die mittlere Fachstudiendauer an privaten Hochschulen: An der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung Koblenz und an der Handelshochschule Leipzig mit weniger als 8 Semestern. Mit einer mittleren Fachstudiendauer von 9,3 Semestern folgte die Katholische Universität Eichstätt. Am längsten dauerte das Studium nach einem deutlichen Anstieg gegenüber 1996 an der Universität-Gesamthochschule Essen mit 12,9 Semestern. Vergleichsweise lange dauerte das Studium auch an der TH Aachen mit 12,8 Semestern. Innerhalb der Regelstudienzeit von 9 Semestern konnten 1998 14,5 % der Studenten ihr Studium beenden, knapp 80 % haben das Studium innerhalb von 13 Semestern absolviert.

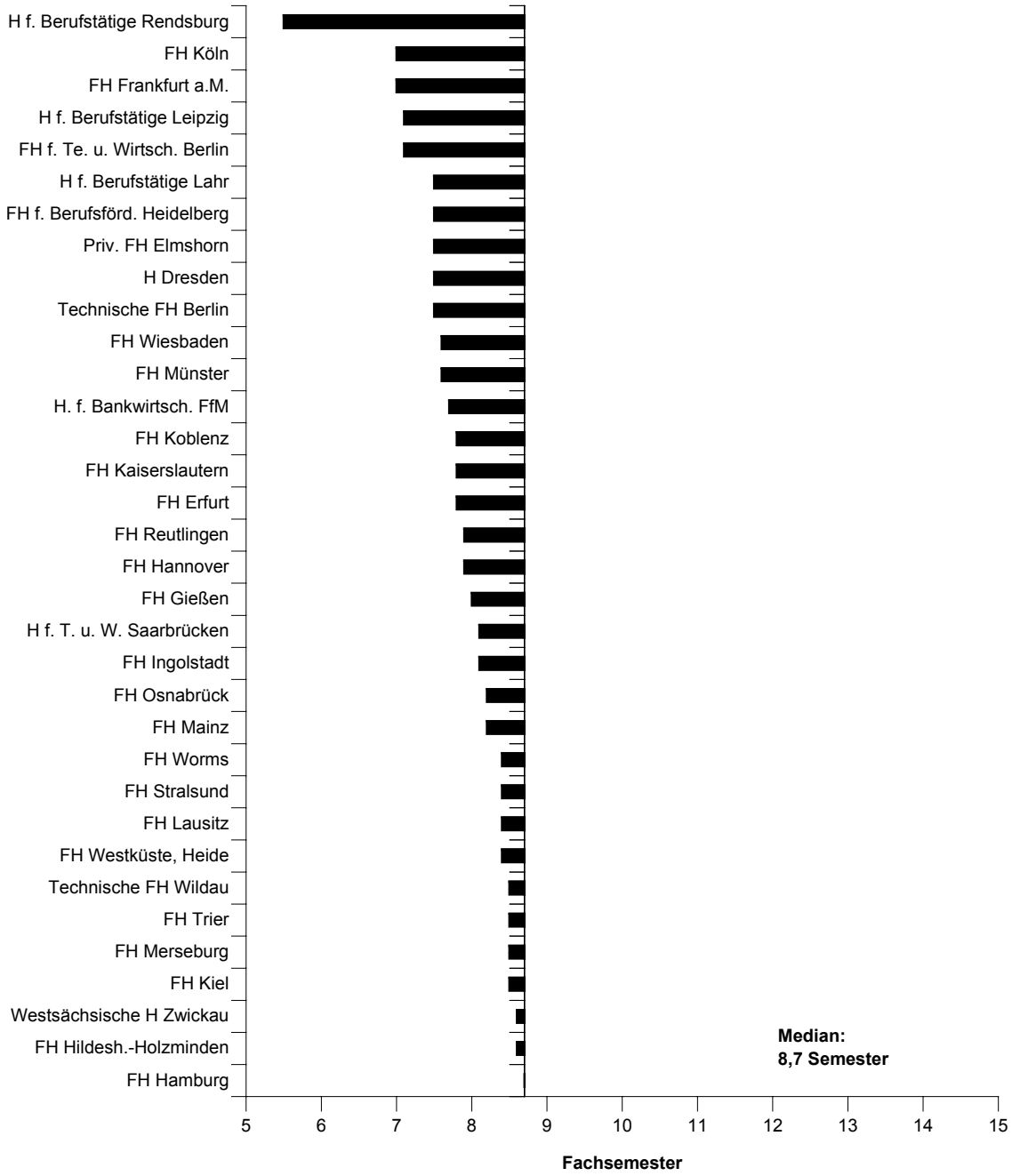
Übersicht 9
Mittlere Fachstudiendauer in Betriebswirtschaftslehre (Diplom) an Universitäten 1998*



* Nur Studiengänge mit zehn und mehr deutschen Erstabsolventen

Übersicht 10

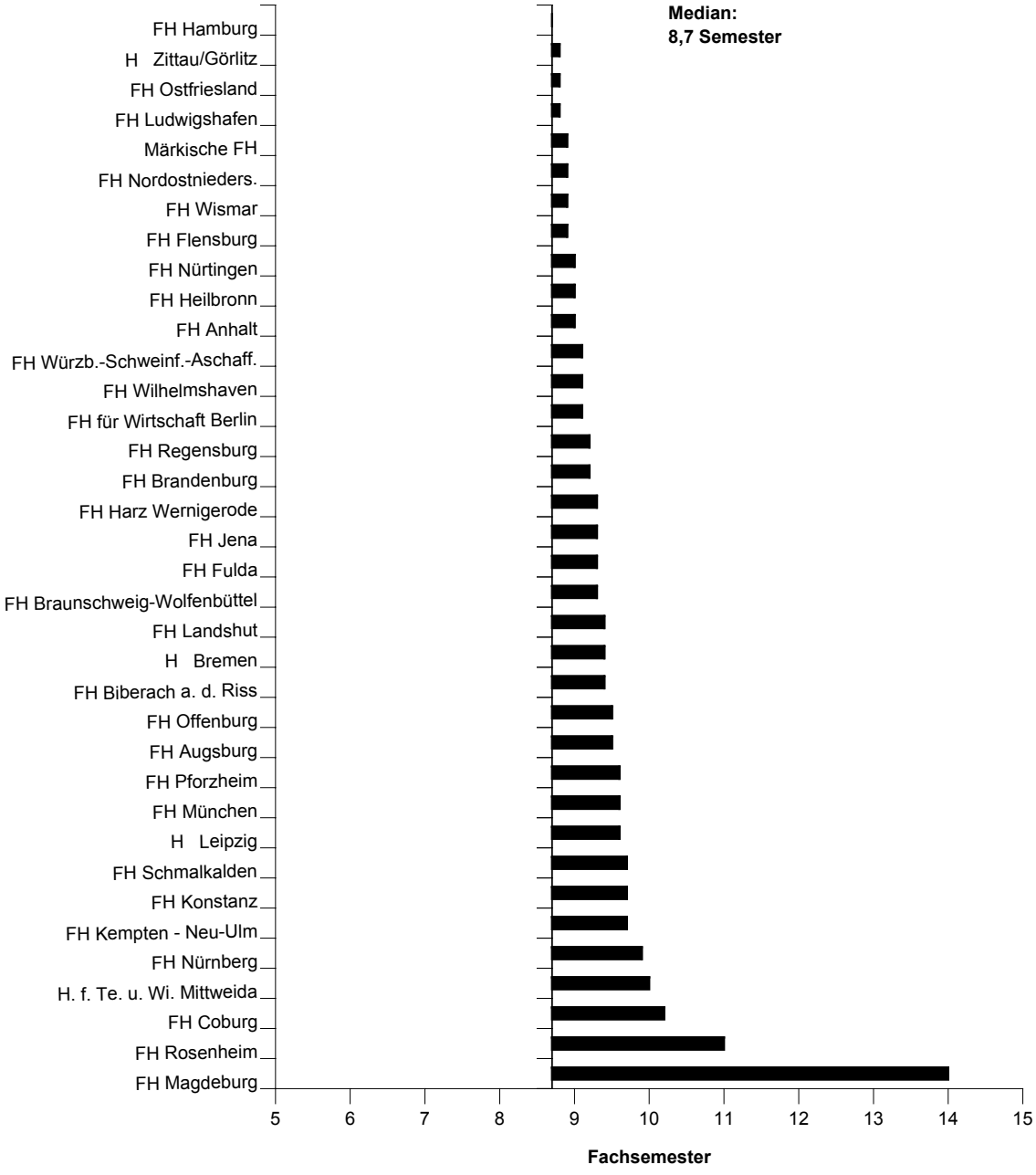
Mittlere Fachstudiendauer in Betriebswirtschaftslehre (Diplom) an Fachhochschulen 1998*



* Nur Studiengänge mit zehn und mehr deutschen Erstabsolventen. Gesamthochschulen sind nur mit Fachhochschulstudiengängen aufgeführt.

Fortsetzung Übersicht 10

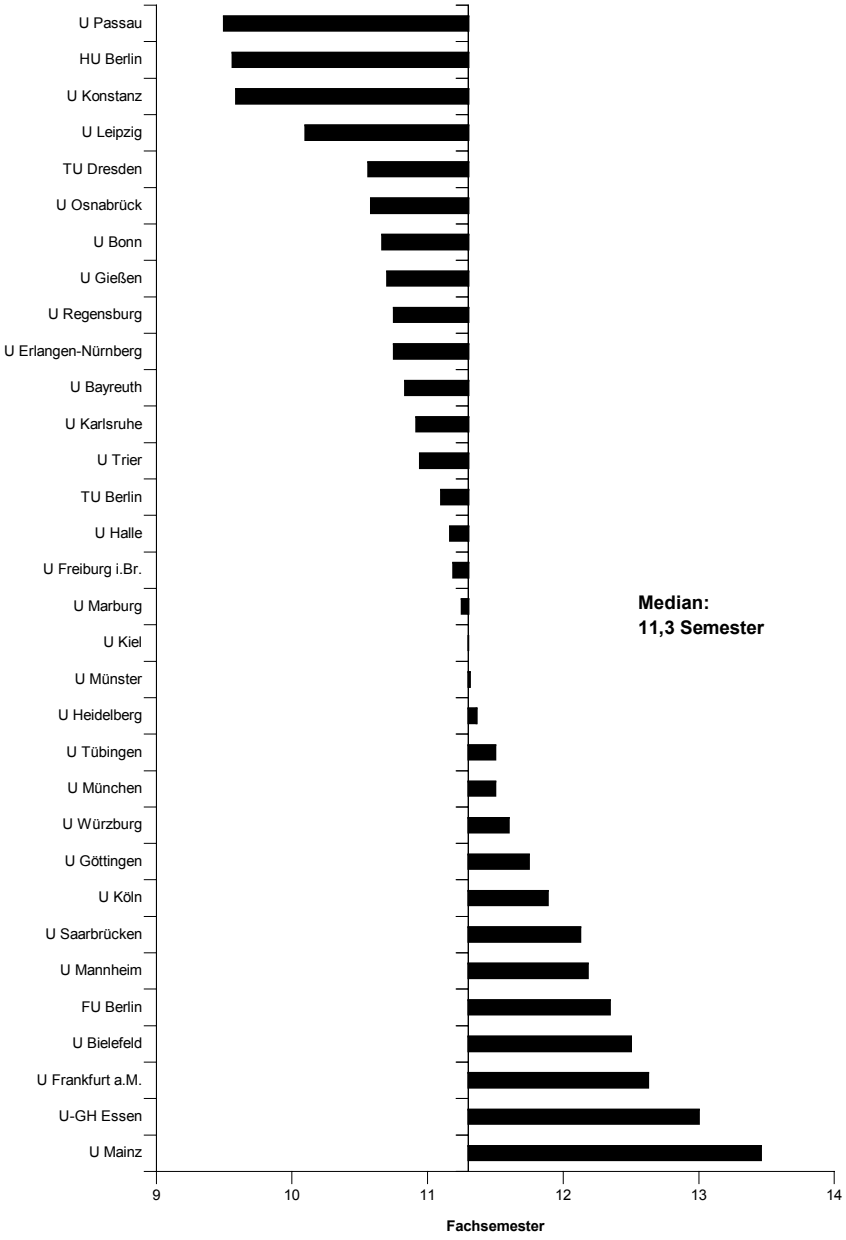
Mittlere Fachstudiendauer in Betriebswirtschaftslehre (Diplom) an Fachhochschulen 1998*



* Nur Studiengänge mit zehn und mehr deutschen Erstabsolventen. Gesamthochschulen sind nur mit Fachhochschulstudiengängen aufgeführt.

Übersicht 11

Mittlere Fachstudiendauer in Volkswirtschaftslehre (Diplom) an Universitäten 1998*



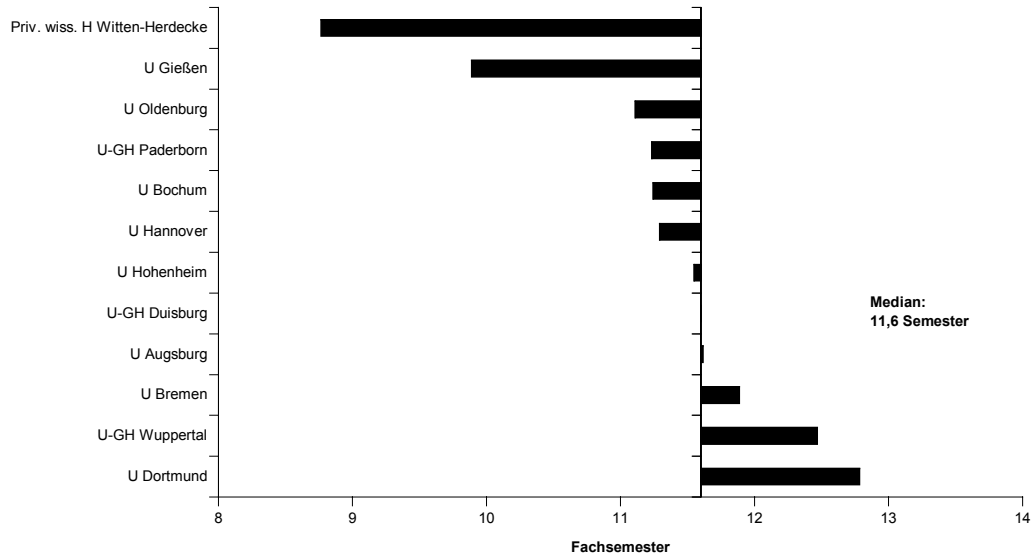
* Nur Studiengänge mit zehn und mehr deutschen Erstabsolventen

Die mittlere Fachstudiendauer im Diplomstudiengang VWL veränderte sich im Zeitraum 1990 bis 1998 nur wenig, sie lag 1998 bei 11,3 Semestern. Am schnellsten beendeten die Studierenden an der Universität Passau mit 9,5 Semestern ihr Studium, gefolgt von den Studierenden der HU Berlin und der Universität Konstanz mit je 9,6 Semestern. Die längste Fachstudiendauer verzeichnete die Universität Mainz mit

13,5 Semestern, mit 13,0 bzw. 12,6 Fachsemestern war die Fachstudiendauer an der Universität-Gesamthochschule Essen und der Universität Frankfurt a. M. überdurchschnittlich lang. Die Universität Bielefeld und die Universität-Gesamthochschule Essen verzeichneten vom Gesamtergebnis abweichend relativ große Quartilsabstände. Im Durchschnitt konnten knapp 11 % der Absolventen ihr Studium innerhalb von 9 Semestern beenden, 76 % innerhalb von 13 Semestern.

Übersicht 12

Mittlere Fachstudiendauer in Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge) (Diplomprüfung) an Universitäten 1998*



* Nur Studiengänge mit zehn und mehr deutschen Erstabsolventen.

Die mittlere Fachstudiendauer im Studiengang Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge) an Universitäten lag im Jahr 1998 bei 11,6 Semestern und damit geringfügig über der der Vorjahre. Die kürzeste mittlere Fachstudiendauer verzeichnete die private Hochschule Witten-Herdecke mit 8,8 Semestern, gefolgt von der Universität Gießen mit 9,9 Semestern. Am längsten dauerte das Studium an der Universität Dortmund mit 12,8 Semestern im Mittel; fast so lange studierte man auch an der Universität- Gesamthochschule Wuppertal bei einem Median von 12,5 Semestern. Auffallend waren die divergierenden Quartilsabstände an den Hochschulen mit 1,6 Se

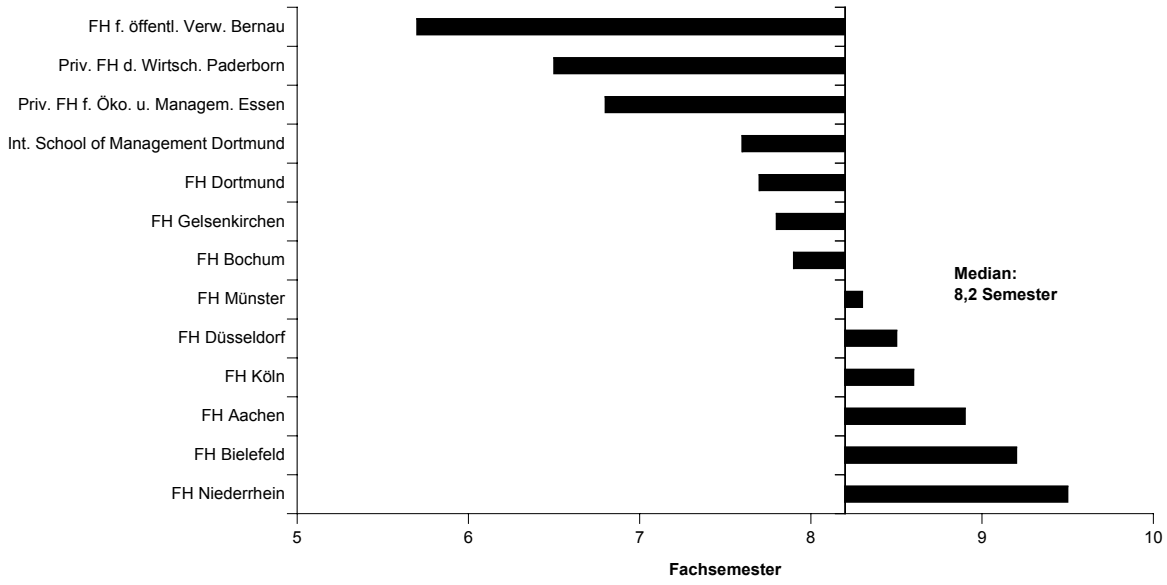
mestern am unteren (Witten-Herdecke) und 4,0 Semestern am oberen Ende (Universität Dortmund und Universität-Gesamthochschule Wuppertal). 7,4 % der Absolventen beendeten ihr Studium innerhalb von 9 Semestern, knapp 19 % benötigen 15 Fachsemester und mehr.

Übersicht 13

Mittlere Fachstudiendauer an Fachhochschulen 1998*

in Wirtschaftswissenschaften (integrierte Studiengänge)

(Diplomprüfung FH)



* Nur Studiengänge mit zehn und mehr deutschen Erstabsolventen. Gesamthochschulen sind nur mit Fachhochschulstudiengängen aufgeführt.

II. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in Deutschland und im internationalen Vergleich

II.1. Publikationsaktivitäten und Rezeptionserfolg

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung hat in den letzten Jahrzehnten weltweit eine dynamische Entwicklung genommen. Ein wichtiger Einschnitt war die Mathematisierung des Fachs, die Mitte der 50er Jahre an Forschungseinrichtungen der USA eingeleitet wurde und das wissenschaftliche Publikationsverhalten und die öffentliche Wahrnehmung des Fachs verändert hat. Damit in Zusammenhang standen die Erprobung und verstärkte Anwendung statistischer und ökonometrischer Methoden in den Wirtschaftswissenschaften sowie – begleitend – eine Reihe von methodologischen Innovationen, die die Berücksichtigung einer Vielzahl von Variablen und großer Datensätze ermöglichten. Gleichzeitig stiegen die Erwartungen hinsichtlich der Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsergebnisse in Politik und Wirtschaft. Schließlich hat sich die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in den letzen Jahren international ausgerichtet, so dass komparative Studien an Bedeutung gewannen.

Deutschland hat die geschilderte Entwicklung – mit gewisser zeitlicher Verzögerung – nachvollzogen. Gleichzeitig spielt die spezifisch nationalökonomische Tradition mit Ausrichtung auf die nationale Wirtschaftspolitik für akademische Karrieren in den Wirtschaftswissenschaften in Deutschland unverändert eine Rolle. Nach wie vor existiert ein nationaler Publikationsmarkt, auf dem ein Teil der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsergebnisse ausschließlich verbreitet wird. Dieser Teil der Publikationen wird, unabhängig von seiner Qualität, international in der Regel nicht wahrgenommen.

Als ein Indikator für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland kann die Sichtbarkeit deutscher Beiträge in den international führenden Zeitschriften der Wirtschaftswissenschaften herangezogen werden. Mit Hilfe von aggregierten Daten zu wissenschaftlichen Publikationsaktivitäten und zur Rezeptionswirkung deutscher Beiträge lassen sich – bei aller Vorsicht in Fragen der Methoden und Validität der Basisdaten - Rückschlüsse auf die

Außenwahrnehmung der Arbeiten der deutschen Wirtschaftswissenschaften und ihrer wichtigsten Akteure ziehen. Gemessen an der breiten Institutionalisierung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Deutschland, die in einer Vielzahl von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrieben wird, existiert die Erwartung einer entsprechenden Sichtbarkeit dieser Arbeiten auch im internationalen Kontext. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich insbesondere die Frage,

- wie groß der deutsche Beitrag zum europäischen bzw. weltweiten Publikationsoutput der Wirtschaftswissenschaften ist und welches die wichtigsten deutschen Institutionen sind,

- wie hoch der Rezeptionserfolg der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen international einzuschätzen ist und

- welche Entwicklungstrends in vergangenen Jahren für die deutschen Wirtschaftswissenschaften insgesamt und für die publikationsstärksten deutschen Einrichtungen erkennbar ist.

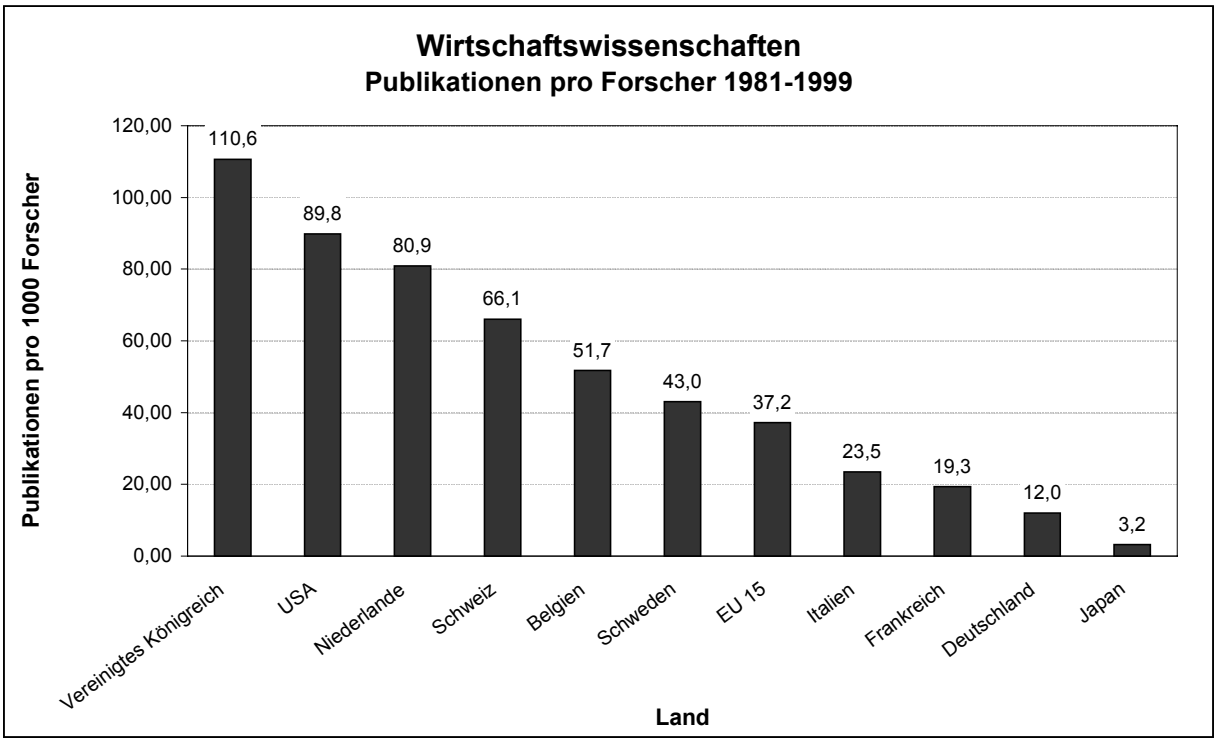
Zunächst zeigt sich, dass Deutschland mit einem Anteil am weltweiten Publikationsoutput von durchschnittlich 2 % in den international führenden wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften nur schwach vertreten ist.[5)] Andere europäische Länder wie z. B. die Niederlande, die Schweiz, Schweden und Belgien weisen im Vergleich zu ihrer Größe einen höheren Anteil an wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten in international führenden Zeitschriften aus.

[5)] Die im folgenden referierten Daten basieren auf der Studie von Winterhager/Schwechheimer/Weingart: „Sichtbarkeit Deutschlands in den führenden Zeitschriften der Wirtschaftswissenschaften“ (2001), die vom BMBF und dem Wissenschaftsrat in Auftrag gegeben wurde (vgl. Anlage). Dabei wurden z. B. politikwissenschaftliche oder soziologische Zeitschriften nicht einbezogen.

Übersicht 14
Wirtschaftswissenschaften
Anteil am weltweiten Publikationsoutput (P%)
für überlappende 5-Jahreszeiträume 1981-1999

Jahre	B	*D*	F	IL	I	J	NL	S	CH	UK	EU	US
81-85	0,8	*1,5*	1,5	2,2	0,7	1,1	1,1	0,9	0,9	10,7	18,6	69,0
82-86	0,8	*1,5*	1,4	2,3	0,7	1,2	1,2	1,0	0,9	10,4	18,6	69,2
83-87	0,8	*1,6*	1,5	2,3	0,8	1,2	1,2	0,9	0,9	10,2	18,5	69,2
84-88	0,8	*1,7*	1,5	2,2	0,8	1,2	1,3	1,0	0,9	10,0	18,4	69,4
85-89	0,8	*1,8*	1,6	2,2	0,8	1,2	1,4	0,9	1,0	9,6	18,4	69,2
86-90	0,8	*1,8*	1,6	2,2	0,9	1,3	1,5	0,9	0,9	9,2	18,3	69,3
87-91	0,8	*1,9*	1,6	2,0	1,0	1,3	1,6	0,9	0,9	9,3	18,6	69,0
88-92	0,9	*1,9*	1,6	1,8	1,0	1,4	1,8	0,9	0,9	9,4	19,2	68,7
89-93	0,9	*1,9*	1,7	1,7	1,0	1,4	2,0	0,9	1,0	9,6	19,8	68,2
90-94	0,9	*1,9*	1,8	1,7	1,1	1,5	2,2	1,0	0,9	10,2	20,9	67,3
91-95	1,0	*1,9*	2,0	1,6	1,2	1,4	2,4	1,1	1,0	11,2	22,5	65,7
92-96	1,1	*2,0*	2,3	1,6	1,4	1,4	2,7	1,1	1,0	12,1	24,4	63,8
93-97	1,2	*2,1*	2,5	1,7	1,5	1,4	2,9	1,3	1,0	12,8	26,0	62,1
94-98	1,3	*2,3*	2,6	1,7	1,6	1,5	3,2	1,4	1,0	13,7	28,1	59,9
95-99	1,4	*2,6*	2,9	1,6	1,7	1,6	3,3	1,5	0,9	14,4	29,7	58,3

Abbildung 1

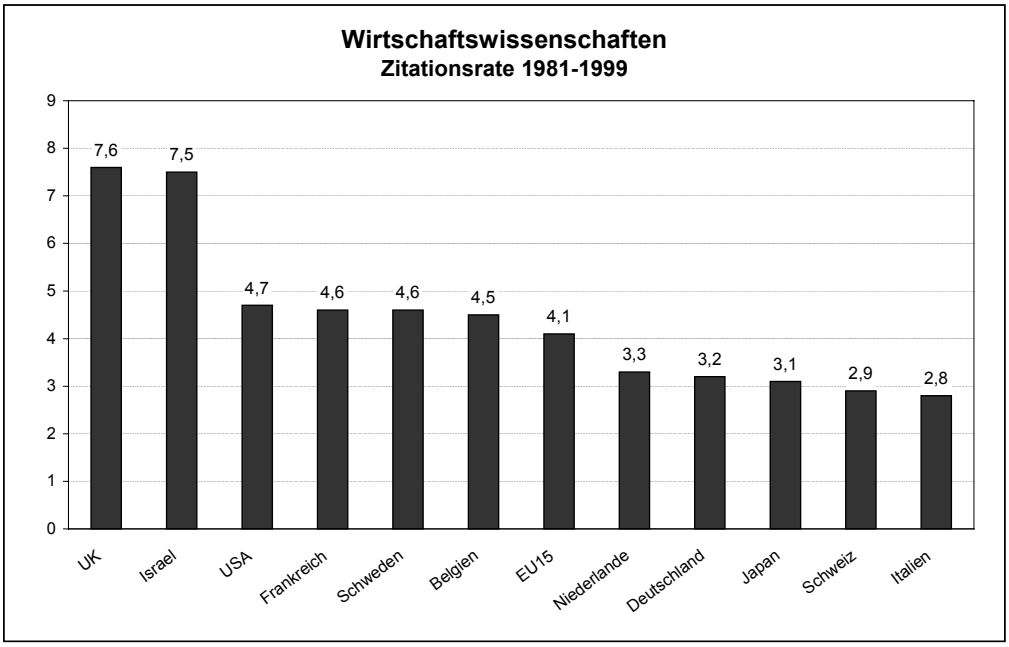


Der Anteil der amerikanischen Einrichtungen am Publikationsoutput relativiert sich, wenn als Bezugsgröße die Zahl der Forscher (Vollzeitäquivalente) in den jeweiligen Ländern eingeführt wird (vgl. Abbildung 1). In diesem Fall erweist sich Großbritannien als weltweit führend hinsichtlich der Anzahl der Publikationen in anerkannten

internationalen Zeitschriften. Deutschland fällt bei dieser Betrachtungsweise weiter hinter vergleichbaren europäischen Länder zurück.

Schaut man neben dem absoluten Anteil der in international renommierten Zeitschriften veröffentlichen Arbeiten auch auf den durch diese Arbeit ausgelösten Rezeptionserfolg (gemessen über die relative Zitationsrate) bleibt Deutschland wiederum nicht nur hinter den USA und England, sondern auch hinter Israel, Frankreich, Schweden und Belgien zurück. Im Beobachtungszeitraum 1981 bis 1999 gehörte Deutschland zusammen mit Italien, Japan und der Schweiz zur Gruppe derjenigen Länder, deren Publikationen international am wenigsten zitiert wurden. (vgl. Abbildung 2).

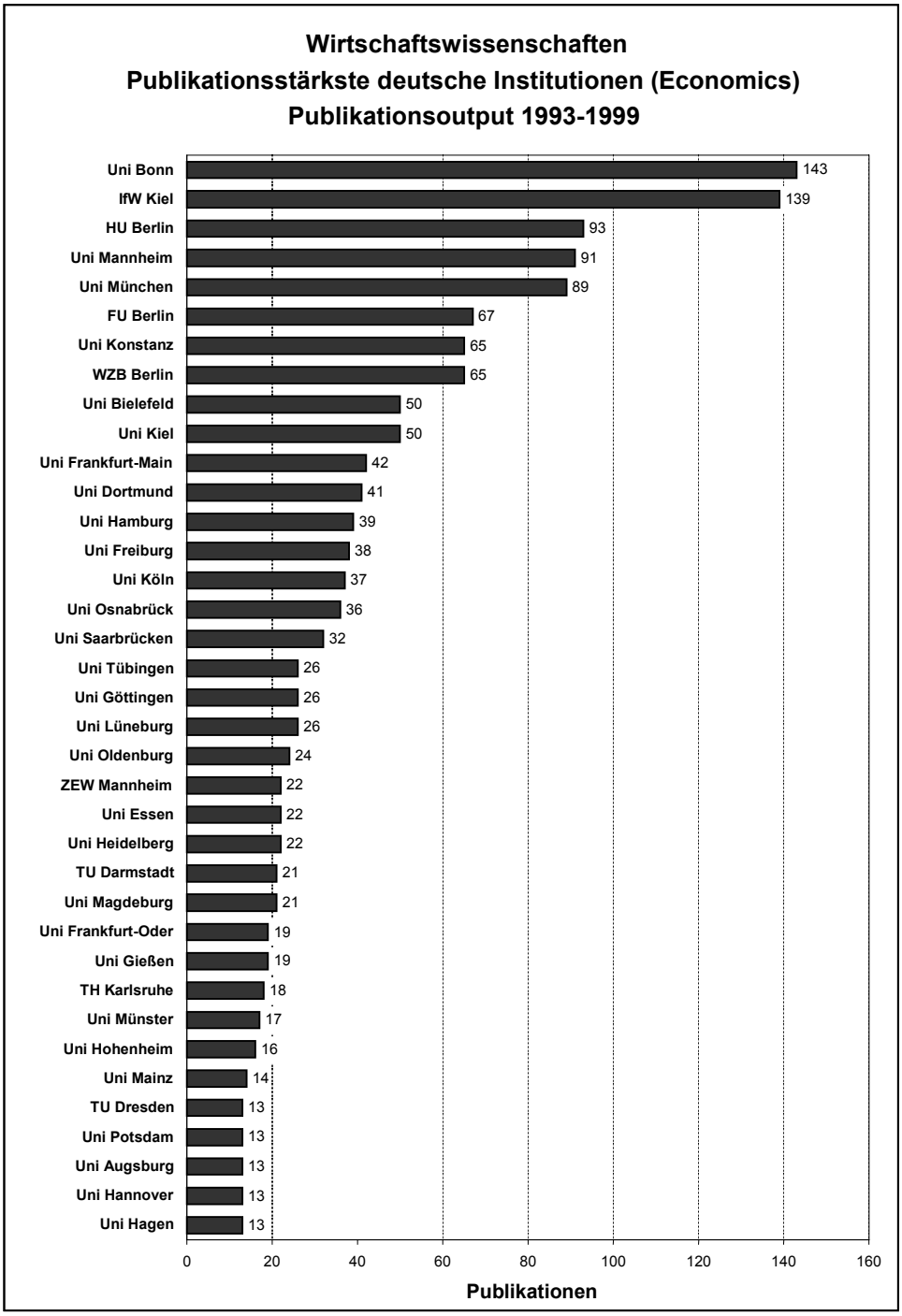
Abbildung 2



Führt man eine Binnenanalyse der Publikationsintensität deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen durch, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Es lässt sich für Deutschland eine Spitzengruppe besonders aktiver Institutionen erkennen, angeführt von der Universität Bonn und dem Institut für Weltwirtschaft

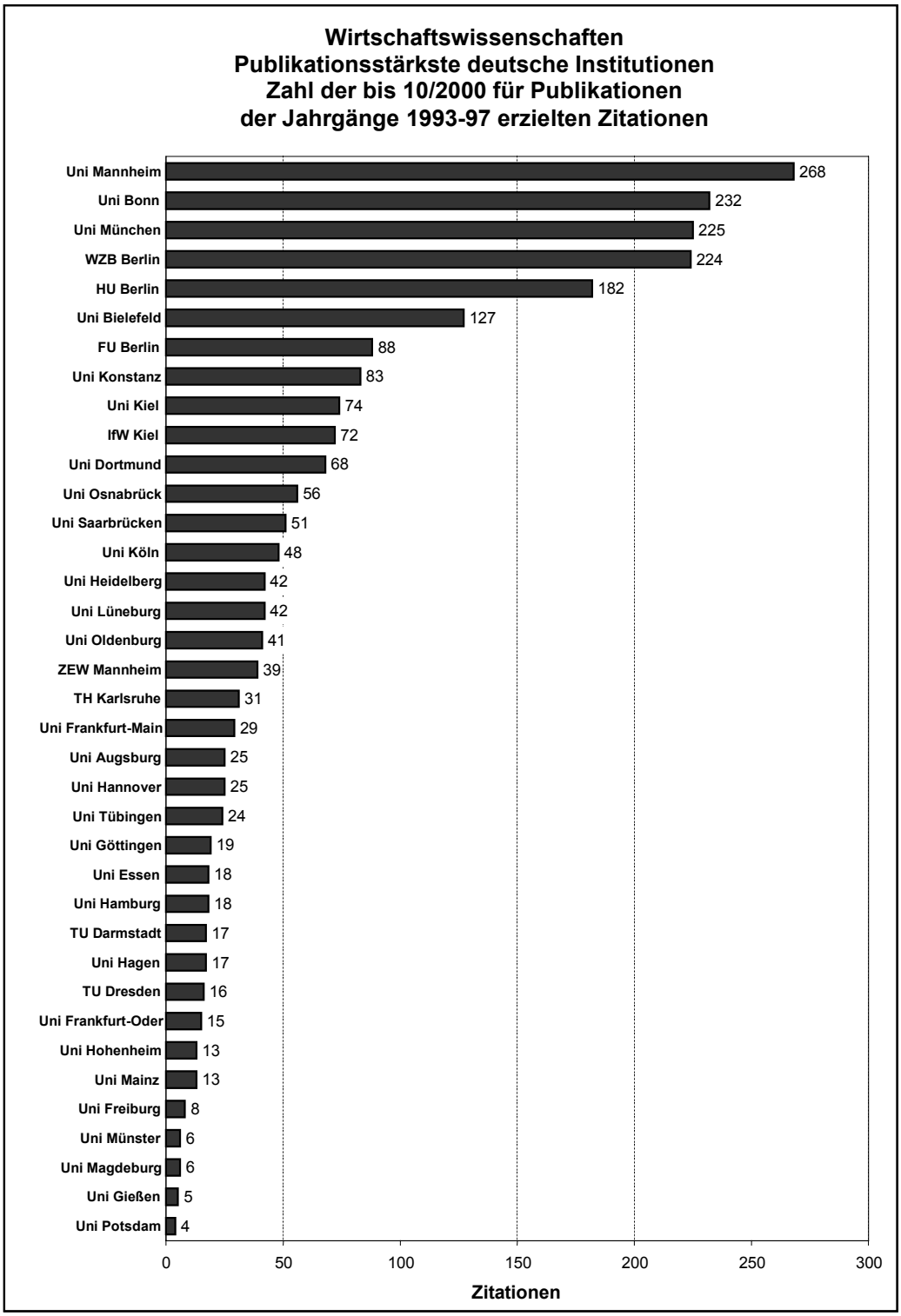
in Kiel. Die weiteren Institutionen folgen dicht gestaffelt in jeweils nur geringen Abständen voneinander (vgl. Abbildung 3).[6)]

Abbildung 3



6) Die Binnenanalyse bezieht sich auf absolute Zahlen. Eine Gewichtung nach Größe der Einrichtungen wurde aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit der Personalzahlen nicht durchgeführt.

Abbildung 4



Hinsichtlich des Rezeptionserfolgs deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Einrichtungen, gemessen an den Zitationen in führenden internationalen Zeitschriften, zei

gen sich ähnliche Verteilungsmuster, hier wird der erste Platz durch die Universität Mannheim belegt. Auf den weiteren Plätzen folgen die Universität München, das WZB Berlin und die Universität Bonn (vgl. Abbildung 4).

Die vorliegenden Ergebnisse zu den Publikationsaktivitäten und zum Rezeptionserfolg deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Einrichtungen bestätigen, bei nur geringen Unterschieden, die Ergebnisse früherer bibliometrischer Studien. Engt man die Fragestellung auf das im Kontext der empirischen Wirtschaftsforschung wichtige Gebiet der angewandten Ökonometrie ein, so fällt die Sichtbarkeit deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Institutionen noch schwächer aus. In einem weltweiten Ranking von Einrichtungen, bezogen auf ökonometrische Veröffentlichungen in international führenden Fachzeitschriften, erscheint als einzige deutsche Einrichtung die Universität Mannheim.[7)] Deutlich bessere Sichtbarkeit erlangen demgegenüber wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtungen in Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz, Italien und Österreich. Dem widerspricht nicht, dass einzelne deutsche Ökonomen mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten eine hohe internationale Sichtbarkeit erzielen und breit rezipiert werden.[8)] Im Vergleich mit anderen Ländern fällt jedoch auch hier auf, dass insbesondere Wirtschaftswissenschaftler und Institutionen aus Israel, Großbritannien, USA und Kanada international hervortreten.

Als Erklärung für die begrenzte internationale Wirkung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland wird häufig auf systematische Verzerrungen durch die zumeist angelsächsischen Zeitschriften und eine Sprachbarriere für Wissenschaftler aus nicht englischsprachigen Ländern verwiesen. Eine solche Erklärung ist nur zum Teil plausibel, da erhebliche Unterschiede auch innerhalb der Gruppe der nicht englischsprachigen Länder Europas bzw. weltweit festzustellen sind. Auffällig ist vor allem, dass kleinere Länder wie Israel, die Niederlande und Dänemark, gemessen an ihrer Bevölkerungsgröße, in den Wirtschaftswissenschaften eine beachtliche internationale Wirkung erzielen. Wahrscheinlich ist, dass weniger eine generelle Sprachbarriere als vielmehr

---

7) Vgl. Baltagi, Badi H.: Applied econometrics rankings 1989–1995, in: *Journal of Applied Econometrics 14*: 423-441 (1999).

8) Vgl. Blaug, M. (Hrsg.): Who's Who in Economics. A Biographical Dictionary of Major Economists, 1700–1999. Elgar, Cheltenham, 3. Aufl. und Frey, Bruno S. und Reiner Eichenberger: Who's Who in Economics, in Kyklos, Vol. 53, 581–586.

der Tatbestand eine Rolle spielt, dass Länder wie Italien, Frankreich und Deutschland einen eigenen wissenschaftlichen Markt für Ökonomen haben, der hinreichend groß ist, um wissenschaftliche Netzwerke zu bilden und akademische Karrieren darauf aufzubauen.[9)] Darüber hinaus kann vermutet werden, dass ein hinreichend großer nationaler Wissenschaftsmarkt in starkem Maße durch persönliche Beziehungen zu anderen Forschern und zu wichtigen Institutionen (Regierung und Verwaltung) geprägt ist, was u. a. Einfluss auf die Wahl der Publikationssprache, die ausgewählten Forschungsgegenstände und die Publikationsstrategien hat. Umgekehrt liegt es nahe, dass primär national geprägte Forschungsfragestellungen für renommierte internationale Fachzeitschriften nur von geringem Interesse sind.

Da international vergleichende Fragestellungen in den Wirtschaftswissenschaften zunehmend Bedeutung erlangen und theoretische und methodische Innovationen im Kontext der Scientific Community weltweit stattfinden, sind internationale Publikationsstrategien zunehmend wichtig. Die Sichtbarkeit und Wirksamkeit deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in hochrangigen internationalen Journalen ist somit ein unverzichtbarer Maßstab für Qualität. Der ohne Zweifel existierende nationale Publikationsmarkt, der auch weiterhin seine Berechtigung hat, ist jedoch bei der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsforschung in Deutschland mit zu berücksichtigen.

II.2. Beispiele aus den Ländern Bayern und Niedersachsen

Sowohl in Niedersachsen als auch in Bayern ist das Fach Wirtschaftswissenschaften in den letzten Jahren Gegenstand fachlicher Begutachtungen und wissenschaftspolitischer Empfehlungen gewesen. Die Ergebnisse verweisen exemplarisch auf die Problemlagen, die sich für ein Fach stellen, das an nahezu allen Universitäten des Landes angeboten wird und an das sich neben der Erbringung von Lehrleistungen für eine relativ große Gruppe von Studenten wachsende Anforderungen in der Forschung und der wissenschaftsbasierten Politikberatung richten.

---

9) Eichenberger, K., Meier, U. und Rolf Arpagaus, Ökonomen, Publikationen und Zitationen: Ein europäischer Vergleich, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 1 (2), 143–161.

Bayern

Der Rat für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst hat seine Begutachtung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Fächer aus dem Jahre 1999 mit dem Ziel verbunden, eine Ist-Analyse der Lehr- und Forschungssituation und Empfehlungen zur strukturellen und inhaltlichen Weiterentwicklung zu erarbeiten.[10)] Dabei wurden insbesondere bei der wissenschaftlichen Profilbildung und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses Probleme sichtbar, die auch an anderen Fakultäten in Deutschland anzutreffen sein dürften.

Die Forschungsleistungen an den neun untersuchten Hochschulen in Bayern bieten ein heterogenes Bild. Neben einer international voll konkurrenzfähigen Fakultät, wie der LMU München, weisen eine Reihe von Fakultäten eher eine durchschnittliche, in einzelnen Fällen auch eine schwache Forschungsperformanz auf. Die Forschungsproduktivität der untersuchten Fakultäten ist zwar insgesamt gut, Publikationen in internationalen, vor allem englischsprachigen Zeitschriften sind jedoch insgesamt unterrepräsentiert. Den Wissenschaftlern wird empfohlen, ihre Publikationen stärker international auszurichten, den Zuwendungsgebern wird geraten, den Fakultäten für die Teilnahme an internationalen Kongressen zusätzliche zweckgebundene Mittel bereitzustellen.

Für eine Reihe von Fakultäten wurde festgestellt, dass ein hinreichend spezifiziertes Forschungsprofil fehlt. Das Fehlen eines durch exzellente Forschungsleistungen untermauerten Forschungsprofils konnte bei einem Teil der Fakultäten durch entsprechende Leistungen und Profile in der Lehre aufgewogen werden. Wesentliche Probleme sind die geringe, zum Teil unterkritische Größe der Fakultäten, die eine sinnvolle Schwerpunktbildung erschwert, die in der Praxis oft nicht funktionierende Integration von Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, sowie eine fehlende systematische Ausbildung der Doktoranden bzw. des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Universitäten, die sich in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung auszeichnen konn

[10)] Wirtschaftswissenschaften an den bayerischen Universitäten, Evaluationsbericht, März 1999.

ten, verfügen über eine Reihe offensichtlicher kompetitiver Vorteile: Forschung und Lehre sind durch zahlreiche Gastwissenschaftler international geprägt, durch eine dezidierte Anwendungsorientierung gelingt eine Profilbildung gegenüber konkurrierenden Fakultäten mit ebenfalls hoher Reputation, die Personalausstattung ist überdurchschnittlich, vor allem konnten jüngere, hochqualifizierte Professoren gewonnen werden.

Insbesondere die unzureichende Ausstattung mehrerer Hochschulstandorte mit Professorenstellen ist Ursache dafür, dass ein breites und ausdifferenziertes Lehrangebot in Volkswirtschaftslehre erschwert ist und eine fundierte Ausbildung in quantitativen Methoden und Ökonometrie kaum stattfindet. Der Rat für Wissenschaft und Forschung des Landes Bayern empfiehlt den Wirtschaftswissenschaften an den einzelnen Standorten eine nachhaltige Schwerpunktbildung. Zu überlegen sei vor allem, ob die Diplomausbildung an einem Standort stärker theorieorientiert und an der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses orientiert sein solle oder aber die Tätigkeit der Absolventen in der außeruniversitären Praxis das Ausbildungsziel sei, was besondere Schwerpunkte in der universitären Lehre verlange.

Hinsichtlich der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wird festgestellt, dass eine eigenständige und strukturierte Nachwuchsförderung in den Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten mit Ausnahme weniger Einrichtungen bislang fehlt. Der Rat spricht sich für ein strukturiertes Doktorandenstudium im Sinne einer aktiven Förderung des Nachwuchses aus. Zu diesem Zweck wird eine Verknüpfung der landesbezogenen Doktorandenstudien mit Graduiertenkollegs anderer deutscher Fakultäten und ausländischen Hochschulen empfohlen.

Niedersachsen

Die Forschungsevaluation der Wirtschaftswissenschaften an den sieben niedersächsischen Universitäten durch die Wissenschaftliche Kommission des Landes im Jahre 2001 wurde mit dem Ziel unternommen, die Qualität der Forschungsleistungen vor

dem Hintergrund „überregional und international anerkannter Qualitätsstandards einzuschätzen“ und Empfehlungen für die Weiterentwicklung zu geben.[11)]

Im Ergebnis kommt die Kommission zu der Einschätzung, dass an der Mehrzahl der Standorte einzelne Wissenschaftler sehr gute, zum Teil herausragende Leistungen erbringen, keinem Standort sei es jedoch gelungen, sich in den Wirtschaftswissenschaften als überregional führend zu etablieren. Die Chancen für eine zukünftige Profilbildung werden für einzelne Hochschulstandorte unterschiedlich beurteilt, in einem Fall (Universität Lüneburg) wird die Überlegung aufgeworfen, den universitären Studiengang einzustellen und entsprechende Kapazitäten an der Fachhochschule zu schaffen.

Hinsichtlich der Ausbildung in Statistik/Ökonometrie wird festgestellt, dass die empirische Wirtschaftsforschung an niedersächsischen Hochschulen mit einzelnen Lehrstühlen gut vertreten ist, insgesamt aber stärker konzentriert und profilbildend eingesetzt werden sollte. Insbesondere der Universität Göttingen wird im Rahmen einer Zusammenführung von Wirtschaftswissenschaften und Agrarökonomie empfohlen, ihre empirische und methodische Ausrichtung weiter auszubauen.

Für die künftige Entwicklung empfiehlt die Wissenschaftliche Kommission insbesondere, den Wettbewerb zwischen den Hochschulen im Fach Wirtschaftswissenschaften zu verstärken. U. a. wird vorgeschlagen:

- innerhalb der einzelnen Fakultäten und Fachbereiche durch größere Flexibilität in der Mittelvergabe den Wettbewerb der Forschungseinheiten zu fördern,
- gesteuert durch die Hochschulleitungen und über Zielvereinbarungen einen Wettbewerb zwischen Fachbereichen und Fakultäten zu initiieren,
- aus einem zentralen, aber fachbezogenen Pool des Landes gezielt die Fachbereiche und Forschungseinheiten zu fördern, die nachweislich gute Leistungen, gemessen an Forschungsoutputs, erbringen. Insbesondere sollten zusätzliche Stellen leistungsbezogen und befristet vergeben werden.

[11)] Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen: Forschungsevaluation an niedersächsischen Hochschulen, Wirtschaftswissenschaften, 2000.

Grundsätzlich wird empfohlen, dass das Land so wenig wie möglich in die Profilbildung der Hochschulen eingreift. Eine besondere Bedeutung soll künftig die Gewinnung exzellenter Wissenschaftler haben.

II.3. Beispiele aus dem Ausland

In den hochschulpolitischen Reformdebatten wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die spezifischen Institutionalisierungsformen, in denen Wissenschaft an deutschen Hochschulen betrieben wird, einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Ländern darstellen. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass es in den letzten zehn bis 15 Jahren verschiedenen Institutionen der Wirtschaftswissenschaften in Europa gelungen ist, neu in das internationale Spitzenfeld wirtschaftswissenschaftlicher Forschung vorzudringen und anerkannte Forschungsleistungen zu erbringen. Einrichtungen wie die Universität Stockholm, die Universität Pompeu Fabra Barcelona, das University College London oder die Universität Toulouse unterstreichen, dass erfolgreiche wirtschaftswissenschaftliche Forschung, die international beachtet wird, sich auch jenseits der traditionellen Centers of Excellence in relativ kurzer Zeit etablieren kann.[12)]

Betrachtet man zunächst die allgemeinen wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen für wirtschaftswissenschaftliche Forschung an den Hochschulen, so weisen andere europäische Länder keine signifikant günstigeren Rahmenbedingungen gegenüber der Situation in der Bundesrepublik auf. Unterscheidet man die Hochschulsysteme danach, ob die Steuerung eher durch den Staat oder durch den Markt erfolgt, welche Bedeutung „akademische Oligarchien“ in der Wissenschaftspolitik haben und wie hoch die Entscheidungsautonomie der einzelnen Hochschule bezogen

---

[12)] Bei einem europaweiten Ranking der Einrichtungen, die in den führenden Zeitschriften in Europa am stärksten vertreten sind, gehören die genannten Fakultäten zur Spitzengruppe (vgl. Kalaitzidakis, P., T. P. Mamuneas, T. Stengos: European economics: An analysis based on publications in the core journals, in: *European Economic Review*, 43/1999, S. 1150-68). Mit der Universität Bonn ist nur eine deutsche Institution auf den ersten 25 Rangplätzen vertreten. Die Arbeitsgruppe „Empirische Wirtschaftsforschung“ des Wissenschaftsrates hat 2001 die Universitäten Toulouse, Barcelona, London und Stockholm besucht und Vertreter der dortigen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten angehört.

auf inhaltliche Profile, Budget, Vertragsfreiheit und interne Managementstrukturen ist, werden aber unterschiedliche Rahmenbedingungen für Entwicklungen deutlich. Handelt es sich bei den Hochschulsystemen Schwedens und Frankreichs um relativ staatsnahe Systeme, so ist das britische System durch eine stärkere Marktorientierung gekoppelt mit einer lange Zeit starken akademischen Selbstverwaltung gekennzeichnet. Eine starke akademische Selbstverwaltung verbunden mit staatlicher Rahmensteuerung ist ebenso kennzeichnend für das deutsche System. Im Hinblick auf eine größere Entscheidungsautonomie der Hochschulen haben sich in fast allen europäischen Ländern in den letzten Jahren Veränderungen vollzogen. So wurden in Frankreich ergänzend zu der Top-down-Steuerung der Hochschulen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen geschlossen, die diesen mehr Flexibilität und Autonomie gebe sollen. Gleichzeitig wurde die Exekutive der Hochschulen in ihren Befugnissen gestärkt. In Großbritannien wurden Effektivität und Effizienz der Forschung externen Kontrollen unterzogen, die akademische Selbstverwaltung wurde neu definiert, die Marktorientierung der Hochschulen auch im Sinne eines internationalen Benchmarking staatlich unterstützt. Hinsichtlich der internen Entscheidungsstrukturen wurden die Kompetenzen der Hochschulleitungen gegenüber den einzelnen Professoren und Studenten gestärkt. Deutschland befindet sich gegenwärtig in einem transitorischen Zustand: Die Voraussetzungen für mehr Autonomie der Hochschulen und leistungsorientierte Förderung sind durch die Hochschulgesetze des Bundes und der Länder geschaffen worden; gleichzeitig sind bürokratische Steuerungsformen noch nicht überwunden.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Deutschland und dem Ausland besteht in der Organisation und Finanzierung der Hochschulen. Die staatliche Finanzierung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Toulouse und London erstreckt sich auf eine Grundförderung, die in erheblichem Maße durch „Business“-Aktivitäten rechtlich und finanziell selbständiger Forschungszentren (*Institute for Fiscal Studies*, London oder *Institut d'Economie d'Industrielle*, Toulouse) ergänzt wird. In beiden Fällen eröffnen die assoziierten Forschungszentren inhaltliche und finanzielle Gestaltungsspielräume für die Fakultäten, die insbesondere für die Rekrutierung hochqualifizierten Personals genutzt werden können. Sie bieten außerdem Anreize für qualifizierte

Doktoranden, denen auf diese Weise die Möglichkeit eröffnet wird, frühzeitig in organisierten Forschungszusammenhängen mitzuarbeiten.

Die genannten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten haben eine klare Differenzierung von Undergraduate- und Graduate-Studium. An der Universität Toulouse wird der erste Studienzyklus (Grundstudium, erstes und zweites Studienjahr) mit dem „Diplome d'Etudes Universitaire" abgeschlossen, der zweite Zyklus (drittes und viertes Studienjahr) ermöglicht die Abschlüsse „License" (entspricht dem Bachelor) und „Maitrise" (entspricht dem Master). Ab dem fünften Studienjahr beginnt das Postgraduiertenstudium, das zwei Wege eröffnet: Ein berufsvorbereitendes Diplom oder das zu PhD hinführende „Diplome d'Etudes Approfondies". Beide Studiengänge dauern ein Jahr, die Bearbeitungszeit der Doktorarbeit beträgt drei Jahre. Ökonometrie und angewandte Wirtschaftswissenschaften sind obligatorischer Teil des zweiten Zyklus, ökonomische Theorie und Ökonometrie obligatorischer Teil des Postgraduiertenstudiums, das zur Promotion führt. Es existiert eine enge personelle Verknüpfung der Doktorandenausbildung mit den Forschungszentren. Rund ein Viertel aller Studierenden und die Hälfte der Doktoranden der Wirtschaftswissenschaften kommt aus dem Ausland. Das Doktorandenstudium findet grundsätzlich in englischer Sprache statt.

Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Pompeu Fabra hat bei der Organisation von Forschung und Lehre das amerikanische Studienmodell übernommen. Im Undergraduate-Studium (rd. 2.000 Studierende) werden Kurse angeboten, die zu einem Bachelor-Abschluss führen. Die Postgraduierten-Ausbildung (Abschlüsse: Master, PhD) findet innerhalb eines eigenen Graduiertenprogramms statt, das durch einen Direktor geleitet wird. Das Graduiertenstudium ist als international ausgerichtetes Exzellenzprogramm angelegt. 120 Graduierten-Studenten verteilen sich etwa hälftig auf das Master- und das PhD-Programm. Nur rund ein Viertel der Studierenden im Graduiertenprogramm kommen aus Spanien, rund die Hälfte aus anderen europäischen Ländern und ein weiteres Viertel aus Übersee.

Das Department of Economics des University College London hat seine inhaltlichen Schwerpunkte auf den Gebieten angewandte Mikroökonomie, Spieltheorie und Um

weltökonomie. Es ist, gemessen an den Ergebnissen des regelmäßig stattfindenden „Research Assessment Exercise“ eines der inzwischen führenden Departments in Großbritannien. Das Department bietet verschiedene Undergraduate-Programme, Einführungsprogramme für Undergraduates aus den USA, Master-Programme und ein strukturiertes PhD-Studium an. Der geringere Teil der PhD-Studenten kommt aus Großbritannien, den größten Teil stellen deutsche und italienische Doktoranden. Das Verhältnis von Bewerbern und Zulassungen um einen Platz im Graduiertenprogramm beträgt gegenwärtig 5:1. Das Department erhebt relativ hohe Studiengebühren, es besteht aber in Verbindung mit der Wahrnehmung von Lehraufgaben die Möglichkeit, ein Stipendium zu erhalten. Die durchschnittliche Promotionsdauer beträgt vier Jahre.

An der staatlichen Universität Stockholms wird Wirtschaftswissenschaften innerhalb der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angeboten. Graduiertenausbildung und Forschung finden, soweit diese international sichtbar werden, in Forschungsinstituten wie dem *Institute for International Economics Studies* (IIES) statt. Die Forschungsschwerpunkte des Instituts umfassen: Makroökonomische Analyse offener Gesellschaften, Außenhandel und ökonomische Theorie und Methodologie. In den 70er Jahren wurde die Forschungsarbeit des Instituts wesentlich durch PhD-Studenten und junge Post-Doktoranden getragen, die über Stipendien finanziert wurden. Später, als vermehrt Positionen für Senior-Researchers und Professoren geschaffen wurden, wurde eine institutionelle Förderung, ergänzt z. B. um Mittel der schwedischen Nationalbank, etabliert. Das PhD-Programm wird neben dem IIES vom Department of Economics und dem *Swedish Institute of Social Research* (SOFI) getragen. Das Programm erstreckt sich über drei Jahre, speziell im ersten Jahr liegt ein Schwerpunkt in Mathematik, Mikroökonomie, Statistik, Ökonometrie und Makroökonomie. Der Abschluss der Dissertation wird nach vier Jahren erwartet. Es werden keine Studiengebühren erhoben, zur Finanzierung stehen Stipendien und wissenschaftliche Hilfskrafttätigkeiten zur Verfügung.

Hinsichtlich der Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde an den genannten Fakultäten in Toulouse, Barcelona, London und Stockholm als Ziel eine attraktive, so weit wie möglich hierarchiefreie Arbeitsatmosphäre und berechenbare

berufliche und wissenschaftliche Karriereoptionen für die Absolventen deutlich. An der Universität Pompeu Fabra sind kompetitive Vorteile der dortigen Doktorandenausbildung die enge Zusammenarbeit der zumeist jungen und engagierten Professoren mit Studierenden und Doktoranden und die Größe der Fakultät, die entsprechende Wahl- und Kooperationsmöglichkeiten bietet. Kompetitive Vorteile des University College London sind ebenfalls der unmittelbare Kontakt mit den Forschungen eines Professors, die hohe Reputation vieler Mitglieder des Departments, die geringe Anzahl an Doktoranden (rd. 40) sowie die Möglichkeit, frühzeitig eigene Forschungen betreiben zu können und nur in geringem Maße Lehr- und Verwaltungsaufgaben wahrnehmen zu müssen. Den Doktoranden wird die Möglichkeit gegeben, an Consulting-Projekten mitzuwirken, was attraktive berufliche Alternativen auch außerhalb der Forschung eröffnet.

Im Hinblick auf die Rekrutierung der Professoren, leistungsbezogene Vergütungssysteme und Lehrbelastungen stellt sich die Situation an den genannten ausländischen Hochschulen unterschiedlich dar. Gemeinsam ist den Hochschulen aber, dass sie Professorenstellen in der Regel international ausschreiben und vielfach auch international besetzen. In Toulouse spielen zusätzliche finanzielle Anreize, gekoppelt mit der Arbeit an einem Forschungsinstitut bei weitgehender Freistellung von Lehrverpflichtungen, eine wichtige Rolle, um international renommierte Wissenschaftler zu rekrutieren. Eine Reduzierung der Lehrverpflichtung zugunsten der Forschung ist möglich.

An der Universität Pompeu Fabra existiert die Möglichkeit zusätzlicher finanzieller Anreize nicht, da assoziierte Forschungsinstitute fehlen, die in der Lage wären, nennenswerte Mittel aus der Industrie zu akquirieren. Die Professorengehälter sind im internationalen Vergleich niedrig, so dass materielle Anreize für die Rekrutierung international renommierter Wissenschaftler weitgehend entfallen. Die Rekrutierungsstrategie konzentriert sich deshalb auf vielversprechende Nachwuchswissenschaftler, denen eine möglichst stimulierende Forschungsatmosphäre in Aussicht gestellt wird. Rekrutiert wird weniger nach Fachgebiet als nach wissenschaftlicher Exzellenz und Kooperationsfähigkeit mit den anderen Mitgliedern der Fakultät. Die Zuteilung der Ressourcen erfolgt leistungsorientiert (Publikationen, Lehrleistungen). Es wird

davon ausgegangen, dass qualitätsvolle Publikationen eine zentrale Handlungsorientierung der jungen Professoren bilden, um zu einem späteren Zeitpunkt an eine international renommierte Universität, die finanziell attraktivere Bedingungen bieten kann, berufen werden zu können. Eine erhöhte Fluktuation der Professoren wird zugunsten einer kompetitiven und ambitionierten Forschungsatmosphäre in Kauf genommen. Die Universität Pompeu Fabra hat in den Wirtschaftswissenschaften 15 Vollzeitprofessoren und rd. 100 Dozenten für 2.000 Undergraduate- und rd. 120 Graduate-Studenten. Die generelle Lehrbelastung beträgt drei Kurse zu je 40 Stunden pro Studienjahr. Sowohl in Toulouse als auch in Barcelona führt der akademische Mittelbau einen Großteil der Lehrveranstaltungen durch. Damit ist die Lehrbelastung im Vergleich zur durchschnittlichen Lehrverpflichtung eines deutschen Professors (8 Semesterwochenstunden Lehrdeputat bei rd. 220 Stunden jährlich) deutlich geringer.

Am University College London ist der Spielraum für zusätzliche finanzielle Anreize, um Professoren zu rekrutieren oder zu halten, ebenfalls klein. Einen wesentlichen Anreiz bietet aber auch hier die Möglichkeit, die Lehrverpflichtungen zu reduzieren. Die reguläre Lehrverpflichtung pro Jahr beträgt 140 Stunden, eine Reduzierung um bis zu 50 % zugunsten der Forschung ist möglich. Das Verhältnis Lehrende zu Studierenden beträgt 1:14. Für die Forschung stehen den Professoren eine Reihe assoziierter Forschungsinstitute zur Verfügung, was das University College insbesondere für junge Wissenschaftler attraktiv macht. Von 35 Vollzeitprofessoren sind gegenwärtig rd. 20 primär innerhalb der Forschungszentren bei reduzierter Lehrbelastung tätig.

Hinsichtlich des Systems der Politikberatung wird das Ziel verfolgt, Grundlagenforschung auf hohem Niveau fallweise mit Politikberatung zu verbinden (University College London). Das Institut reagiert mit seinen Politikberatungsaktivitäten dabei nur zu einem bestimmten Teil auf politische Nachfragen, zumeist wird es selbst aktiv in der Behandlung politikrelevanter Themen. Beispielsweise veröffentlichte das *Institute for Fiscal Studies* vor den letzten Wahlen zum Unterhaus unter anderem eine selbstinitiierte vergleichende Studie zu den steuerpolitischen Vorschlägen von Regierung und Opposition, die eine breite Resonanz in der wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit gefunden hat. Die Verbindung von Politikrelevanz und qualitätsvoller Grund

lagenforschung ist ein wichtiger Teil des Selbstverständnisses der Mitarbeiter im Institut.

III. Wissenschaftliche Beratung für Politik und Öffentlichkeit

Die Wirtschaftswissenschaften sehen sich wie kaum eine andere Sozialwissenschaft der Erwartung ausgesetzt, dass ihre Forschungen aktuelle Themen aus Wirtschaft und Gesellschaft behandeln und praktisch anwendbar sind. Insbesondere die Politik hat ein Interesse, den vorhandenen wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand zu nutzen, um wirtschaftspolitische Entscheidungen vorzubereiten und die Effekte einzelner wirtschaftspolitischer Maßnahmen besser abschätzen zu können. Aus diesem Grund haben sich in den letzten Jahrzehnten unterschiedliche Beratungsformen auf allen politischen Handlungsebenen (Bund, Länder, Kommunen) und für eine Vielzahl von Akteuren (Ministerien, Verbände, Körperschaften usw.) herausgebildet. Die prominentesten Beispiele sind der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Beiräte der Ministerien sowie die großen Wirtschaftsforschungsinstitute. Allen diesen Beratungsformen ist eigen, dass es sich um eine grundsätzlich auf Dauer gestellte, institutionalisierte Beratung handelt. Daneben existieren Formen der zeitlich begrenzten Politikberatung, die aufgrund spezifischer Fragestellungen und im Rahmen von Expertisen von einzelnen, auch Hochschulforschern wahrgenommen werden.

Im deutschen Wissenschaftssystem hat sich die institutionalisierte wissenschaftliche Politikberatung wesentlich zu einer Domäne der außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstitute entwickelt, die regelmäßig im Auftrag der zuständigen Ministerien zu Fragen der Konjunktur sowie der gesamtwirtschaftlichen Struktur und Entwicklung Stellung nehmen und öffentlich eine besondere Aufmerksamkeit genießen. Hochschulforscher sind demgegenüber mehrheitlich im Sachverständigenrat und in den Beiräten der Ministerien vertreten.

Der Wissenschaftsrat hatte in seiner allgemeinen Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten aus dem Jahre 1998 bereits festgestellt,[13] dass die Wirtschaftswissenschaftler an den Hochschulen empirisch fundierte wirtschaftspolitische Beratung weitgehend den außeruniversitären Instituten überlassen, praxisrelevante Fragestellungen zu wenig aufgreifen und sich tendenziell auf die in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachwelt stärker geschätzte theoretische und rein methodische Forschung zurückziehen. Diese Einschätzung wird durch Studien bestätigt, Wissenschaftler aus den Universitäten lassen demnach nur in einem beschränkten Maße die Bereitschaft erkennen, sich gegenüber dem Beratungsbedarf aus der Praxis zu öffnen.[14] In der Regel richten sich derartige Anfragen an einzelne Lehrstuhlinhaber, während Beratungsanfragen an selbständige Universitätsinstitute eher die Ausnahme bilden.

Die Reserve von Universitätswissenschaftlern gegenüber wirtschaftspolitischer Beratung hat unterschiedliche Gründe. Zum einen wird eine Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit und eine Verletzung wissenschaftlicher Normen befürchtet, wenn Beratungsanfragen aus einem dezidierten Interesse und verknüpft mit konkreten inhaltlichen Erwartungen entstehen. Zum anderen sehen manche Hochschulwissenschaftler einen zeitlichen Prioritätenkonflikt zwischen innovativer Forschung, Lehre und Aufgaben der Politikberatung, bei der nicht mehr Forschung, sondern die „Übersetzung" bereits gewonnener Erkenntnisse in Praxisberatung im Mittelpunkt steht. Die Bereitschaft für Auftragsforschung steigt hingegen immer dann, wenn sie mit den jeweiligen eigenen Forschungsinteressen korrespondiert und Raum für originäre Forschung bleibt. Ein weiteres unterstützendes Motiv für Auftragsforschung ist der Kontakt und die Nähe zu einem empirischen Feld, wodurch neue Forschungsfragen generiert und künftige Zugänge zu bestimmten Akteuren, wie Ministerien und Behörden erleichtert werden können. Unter dem Gesichtspunkt der Akquisition zusätzlicher Forschungsmittel werden an den Hochschulen nach wie vor eigeninitiierte

---

[13] Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Ländern – Allgemeine Gesichtspunkte, in: Stellungnahme zu den Instituten der Blauen Liste, Bd. III, Köln 1998, S. 7–29.

[14] Vgl. die empirische Studie von Wilts (1999), Institutionelle Vermittlungsmechanismen zwischen Wissenschaft und Praxis – am Beispiel der universitären und außeruniversitären Wirtschaftsforschung in Deutschland, Köln.

Förderantrage bei renommierten Förderagenturen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit Vorrang verfolgt.

Eine Arbeitsteilung zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung, wie sie in Deutschland vorherrscht, existiert im Ausland nicht. Die Verflechtung zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung, auch in der wissenschaftlichen Politikberatung, ist in den USA und Großbritannien ausgeprägter als in Deutschland. Zwar gibt es in den USA größere außeruniversitäre Wirtschaftsforschungseinrichtungen (*National Bureau of Economic Research*, *Brookings Institution*), diese führen jedoch nicht nur eigene Forschung durch, sondern finanzieren darüber hinaus auch Forschung von Hochschulwissenschaftlern, so dass auf diese Weise eine organische Verknüpfung beider Institutionen entsteht. Empirische Wirtschaftsforschung und Politikberatung gehen in Großbritannien fast ausschließlich von den Universitäten aus, die zum Teil eigene Institute gegründet haben, um unabhängige wissenschaftlich fundierte Politikberatung betreiben zu können. Institutionalisierte externe Beratung findet kaum statt, stattdessen erlangen einzelne renommierte Wissenschaftler aus den Universitäten eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit, für bestimmte Fragestellungen werden Netzwerke der international am besten ausgewiesenen Experten gebildet. Auch in Ländern wie den Niederlanden oder Belgien sind Wissenschaftler aus den Universitäten in stärkerem Maße als in Deutschland in die wirtschaftspolitische Beratung eingebunden.

Der internationale Vergleich zeigt aber auch, dass qualifizierte wirtschaftspolitische Beratung bestimmten Kriterien entsprechen muss, wenn sie für Wissenschaftler attraktiv sein soll und Wirkungen erzielen will. Der Wissenschaftsrat hatte in seinen Empfehlungen aus dem Jahre 1998 bereits drei wichtige Voraussetzungen für gute wirtschaftspolitische Beratung genannt:

- Qualität der wissenschaftlichen Fundierung, i. e. wirtschaftspolitische Beratung muss auf der Grundlage neuester Erkenntnisse des Fachs und - sofern eigene Forschung durchgeführt wird - mit Hilfe aktueller empirischer Forschungsmethoden durchgeführt werden,

- Unabhängigkeit, i. e. Berücksichtigung von Meinungsvielfalt im Sinne unterschiedlicher wissenschaftlicher Positionen,
- Transparenz der Beratungsprozeduren, i. e. Offenlegung aller Beratungsziele, des Verfahrens und der beteiligten Akteure.

Innerhalb der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft der Wirtschaftswissenschaftler werden inzwischen ebenfalls eine Reihe von Vorschlägen diskutiert, um die Qualität wissenschaftlicher Politikberatung zu sichern und zu steigern.[15)] Eine Empfehlung geht dahin, eine Veröffentlichungspflicht für ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Gutachten einzuführen. Zudem sollten alle im Rahmen eines öffentlichen Beratungsauftrags produzierten bzw. verwendeten Daten auch für Dritte, vor allem für andere Forscher zugänglich sein. Darüber hinaus wird empfohlen, Forschungen im Rahmen von Gutachten verstärkt dem wissenschaftlichen Diskurs zugänglich zu machen und ggf. Publikationsorgane für eine vergleichende Analyse von Beratungsgutachten zu schaffen oder andere externe Begutachtungsformen für Gutachten zu etablieren.

Einer der Gründe, warum die Universitäten in der wirtschaftspolitischen Beratung eher eine nachgeordnete Rolle spielen, ist aber auch darin zu suchen, dass Methoden und Techniken der empirischen Wirtschaftsforschung an deutschen Universitäten noch wenig vertreten sind. Im Unterschied wiederum zu den angelsächsischen Ländern sind Ausbildung in empirischen Forschungsmethoden, ökonometrische Kenntnisse und der Umgang mit größeren Datensätzen in der Forschung in Deutschland noch nicht die Regel. Lehrstühle für empirische Wirtschaftsforschung gehören noch nicht zur Grundausstattung der im internationalen Maßstab zumeist kleineren wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten. Insbesondere mit auf Kontinuität angelegten empirischen Forschungsarbeiten sind die Universitäten zumeist überfordert.

[15)] Richard Hauser, Gert G. Wagner und Klaus F. Zimmermann: Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft. Bedeutung und mögliche Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik und wirtschaftswissenschaftliche Bewertung, Berlin 2000, sowie Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.): Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft, 2001, S. 545-548 (Endbericht zum Forschungsprojekt für das BMF).

Schaut man zunächst, im welchem Maße „empirische Wirtschaftsforschung", verstanden als eine mit statistischen und ökonometrischen Methoden arbeitende Wirtschaftsforschung, die ihre Theoreme auf konkrete wirtschaftliche Fragestellungen anwendet, überhaupt an deutschen Hochschulen vertreten ist,[16)] so fällt auf, dass es kaum eine Hochschule gibt, die nicht ein Minimum an Lehrveranstaltungen auf diesem Gebiet anbietet. Im Hauptstudium bleiben Methoden und Techniken der empirischen Wirtschaftsforschung jedoch zumeist Wahlfach, während Fächer wie Volkswirtschaftslehre und -politik, Finanzwissenschaft oder Allgemeine Betriebswirtschaftslehre Pflichtfächer sind. Auch wird empirische Wirtschaftsforschung selten unter dieser Denomination angeboten, zumeist handelt es sich um die Fächer Statistik und Ökonometrie, die Eingang in die Studien- und Prüfungsordnungen gefunden haben. Es ist aber davon auszugehen, dass im Rahmen anderer Fächer Kenntnisse der empirischen Wirtschaftsforschung mit vermittelt werden, ein Drittel der befragten Universitäten macht immerhin diese Angabe.

Geht man allerdings von einem anspruchsvollen Lehr- und Forschungskonzept der empirischen Wirtschaftsforschung aus, das im Rahmen von Lehrforschungsprojekten den Umgang mit realen Daten und zu konkreten wirtschaftlichen Fragestellungen vorsieht, so findet eine solche integrative und praxisorientierte Form der Vermittlung nicht einmal an jeder zweiten Universität statt. Im weiteren Verlauf des Studiums und insbesondere in der Promotionsphase existieren in Deutschland nur wenige systematische Möglichkeiten, neue Qualifikationen in der empirischen Wirtschaftsforschung zu erwerben.

Zwar bieten die meisten Universitäten Forschungsseminare an, aber nicht einmal an jeder dritten Universität spielen Themen der empirischen Wirtschaftsforschung dabei eine große Rolle. Da bislang nur eine kleine Anzahl von wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland über ein strukturiertes Doktorandenstudium verfügt, bleibt diese Möglichkeit der Vermittlung fortgeschrittener Kenntnisse auf diesem Gebiet weitgehend ungenutzt. Diejenigen Universitäten hingegen, die über systemati

[16)] Die folgenden Ergebnisse gehen zurück auf eine Erhebung aller wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland, die der Wissenschaftsrat in 2001 durchgeführt hat. Geantwortet haben 67 der 79 angeschriebenen Hochschulen (Rücklaufquote 86 %).

sche Doktorandenstudien verfügen (Graduiertenkollegs, Doktorandenseminare), nutzen diese in der Regel auch, um notwendige zusätzliche Kenntnisse, etwa in Ökonometrie, zu vermitteln. Bei einem Teil der Universitäten geschieht dieses offenbar auch durch die gezielte Einbindung von Gastwissenschaftlern aus dem Ausland.

Im Durchschnitt schätzen Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, dass rund jede dritte Diplom- oder Doktorarbeit empirisch ausgerichtet ist und unter Verwendung statistischer und ökonometrischer Methoden bzw. unter Verwendung von Simulationsmodellen zustande kommt. Zusammengefasst spielt die empirische Wirtschaftsforschung für die Profilbildung der jeweiligen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in nur wenigen Fällen eine Rolle, die Mehrzahl der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland bietet zwar Kurse in Statistik und Ökonometrie an, eine Schwerpunktbildung in empirischer Wirtschaftsforschung wird jedoch nicht angestrebt.

IV. Wissenschaftliche Infrastruktur

Ein strukturelles Problem für eine Verstärkung der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen ergibt sich durch den erschwerten Datenzugang.[17)] Zwar sind makroökonomische Daten der amtlichen Statistik und entsprechende Aggregatdaten der Institute im Prinzip für Hochschulforscher zugänglich, insbesondere amtliche Einzeldaten können bislang aber häufig nicht genutzt werden. Zudem wurde in der Vergangenheit häufig Klage geführt, dass die Daten der außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstitute den empirisch arbeitenden Hochschulforschern in der Regel (mit Ausnahme des Sozio-oekonomischen Panels) nicht zur Verfügung stehen.

Wissenschaftler erhalten heute bereits anonymisierte Einzeldaten in Form von Mikrodatenfiles (*Scientific Use Files*) von den Statistischen Ämtern („Wissenschaftsprivileg") .Der Gesetzgeber will damit eine bevorzugte Behandlung der Wissenschaft

---

[17)] Vgl. Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur (im Auftrag des BMBF), Baden-Baden 2001.

sicherstellen. Auch eine Sonderaufbereitung von Daten aufgrund von spezifischen Anfragen ist bereits möglich. Schwieriger gestaltet sich hingegen die Weitergabe von Unternehmens- und Betriebsdaten. Da es sich häufig um kleinere Fallzahlen handelt, bereitet die Anonymisierung Probleme. Auch ist die Weitergabe von Unternehmensdaten als besonders sensibel einzustufen, so dass die Frage der Anonymisierung der Daten besondere Bedeutung erlangt.

Zurzeit gibt es bereits weit fortgeschrittene vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Ansätze, beim Statistischen Bundesamt, bei den Staatlichen Landesämtern und beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Forschungsdatenzentren einzurichten, in denen Wissenschaftler auch mit schwach anonymisierten Mikrodaten Forschungen betreiben können. Außerdem sollten Servicedatenzentren bei einigen wissenschaftlichen Einrichtungen (z. B. GESIS) geschaffen werden, um die Beratung der Nutzer über die verfügbaren empirischen Datensätze zu verbessern. Nach Einschätzung der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) wird aber ohne eine Änderung des Bundesstatistikgesetztes eine einheitliche und für die Wissenschaft vorteilhafte Praxis nicht zu erreichen sein (vgl. KVI 2001:172).

Nach einem weiteren Vorschlag der KVI ist ein Gründungsausschuss für einen Rat für Wirtschafts- und Sozialdaten eingesetzt worden, der künftig die Interessen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Hinblick auf eine verbesserte Bereitstellung von empirischen Daten vertreten und die Zusammenarbeit mit den Datenproduzenten fördern soll.

Mikrodaten aus wissenschaftsgetragener Umfrageforschung sind heute in der Regel relativ leicht zugänglich, da sie beim Zentralarchiv an der Universität zu Köln archiviert und von dort an wissenschaftliche Nutzer weitergegeben werden. Dieses gilt auch für die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) national wie international übergeben werden. Damit hat sich eine Praxis etabliert, die bereits spürbar zu einer Intensivierung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung geführt hat. Bislang besteht allerdings für öffentlich geförderte Forscher nicht die Verpflichtung, die Daten nach ei

ner bestimmten Frist anderen Forschern zur Verfügung zu stellen. Kommerzielle Anbieter von Daten haben sich in den letzten Jahren zunehmend etabliert, spielen für die wissenschaftliche Nutzung bislang aber keine hervorgehobene Rolle.

V. Empfehlungen

V.1. Allgemeine Einschätzung

Der Wissenschaftsrat legt nach der Evaluation der Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste in den Jahren 1996-1998 nunmehr auch eine Untersuchung zur Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen in Deutschland vor. Ziel war nicht die Evaluation der Leistungen einzelner wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten, sondern eine aggregierte Analyse des Fachs und seiner institutionellen Einbettung: Sie mündet in Strukturempfehlungen zur Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen. In diesem Zusammenhang hat es sich als notwendig erwiesen, den Status der Wirtschaftswissenschaften insgesamt einschließlich der theoretischen Wirtschaftsforschung in den Blick zu nehmen und hierbei auch die außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstitute einzubeziehen.

Die Wirtschaftswissenschaften haben an den deutschen Universitäten eine lange und anerkannte Tradition, die in der Nationalökonomie in der Vergangenheit schulenbildend gewirkt hat. Sie sind heute an nahezu jeder deutschen Universität vertreten und erbringen wichtige nachgefragte Leistungen in Ausbildung und Forschung. International gehört eine Reihe deutscher bzw. deutschsprachiger Ökonomen zum „Spitzenfeld" der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Dennoch wird die deutsche Wirtschaftsforschung insgesamt international zu wenig beachtet. Ein besonderes Defizit besteht in den Teilgebieten der Ökonomie, in denen mit Hilfe quantitativer Erhebungs- und Analyseverfahren wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragestellungen empirisch untersucht werden. Eine Verstärkung dieses Typus von Forschung an den deutschen Hochschulen ist sowohl aus wissenschaftlichen Gründen als auch vor dem Hintergrund einer stärkeren Relevanz für wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragestellungen erforderlich. Dazu muss vor alle auch die informationelle Infrastruktur in den Wirtschaftswissenschaften verbessert werden.

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine anspruchsvolle, teils auf hohem Abstraktionsniveau arbeitende, theoretische Grundlagenforschung an den Universitäten etab

liert. So positiv das ist, so sehr ist zu bedauern, dass eine breit angelegte empirische Forschung dort nicht in gleichem Maße Fuß fassen konnte. Eher muss man davon ausgehen, dass es nach wie vor eine „stillschweigende" Arbeitsteilung zwischen den eher theoretisch ausgerichteten Lehrstühlen an den Universitäten und den empirisch-statistisch ausgerichteten außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstituten gibt. Während an den Wirtschaftsforschungsinstituten auch als Folge der Empfehlungen des Wissenschaftsrates Anstrengungen unternommen werden, die theoretische Fundierung der Arbeiten zu verbessern und Anschluss an die Grundlagenentwicklung des Fachs zu finden, verändert sich die Situation an den Hochschulen nur langsam. Von der DFG geförderte Sonderforschungsbereiche und Forschergruppen haben zwar zu einer Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung beigetragen, die Organisation von Forschung und Lehre an den Hochschulen steht dem jedoch weiterhin strukturell entgegen.

Von den Wirtschaftswissenschaften erwarten Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufklärende Analysen zur Lösung von Fragen des Wachstums, Strukturwandels, der Beschäftigung und der Einkommensverteilung sowie der Probleme der öffentlichen Wirtschaft und der sozialen Sicherung. Ein solcher Beitrag ist nur möglich, wenn die Wirtschaftswissenschaftler an den Hochschulen verstärkt im Rahmen ihrer Forschungen aktuelle wirtschaftspolitische Themen aufgreifen, theoretische Erklärungsansätze mit empirischen Forschungsmethoden und Instrumenten verknüpfen und die Bereitschaft und Kompetenz verstärken, mit aktuellen Daten zu arbeiten. Eine solche problemorientierte Forschung bedeutet keinen Verlust an Wissenschaftlichkeit, es existiert kein notwendiger Widerspruch zwischen dem Aufgreifen konkreter wirtschaftlicher Themen und der Orientierung an den Qualitätsstandards der Wissenschaft. Auch wirtschaftspolitische Beratung, die sich aus diesen Forschungen ergibt, muss zuallererst dem Grundsatz der Qualität der wissenschaftlichen Fundierung der Aussagen verpflichtet sein; aufgrund des besonderen Ausbildungs- und Forschungsauftrags kann dieses von den Universitäten erwartet werden. Unabhängigkeit, Transparenz und Qualität wirtschaftspolitischer Beratung lassen sich im Rahmen universitärer Forschung hervorragend verknüpfen, einzelne Universitäten sollten deshalb durch Schwerpunktbildungen in der empirischen Wirtschaftsforschung gezielt die Chance zu einer Profilierung auf diesem Gebiet ergreifen. Dass

eine stärkere Anwendungsnähe der ökonomischen Forschung notwendig ist, wird in der Profession nicht bestritten So wird beobachtet, dass wirtschaftliche Probleme zunehmend in akademischen Bereichen außerhalb der volkswirtschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtungen (z. B. Betriebswirtschaftslehre, Soziologie, Rechts- und Politikwissenschaft usw.) bearbeitet werden und ein Teil der problemorientierten Forschung in gewinnorientierten Unternehmen und in gemeinnützigen wissenschaftlichen Netzwerken stattfindet.

Eine Verstärkung der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen bedeutet nicht, theoretische Fragestellungen zurückzudrängen und statistischen und ökonometrischen Methoden - quasi im „Rückschwung des Pendels" - nunmehr einseitig den Vorrang in Ausbildung und Forschung geben zu wollen. Die Volkswirtschaftslehre muss sich aber nicht nur stärker empirisch orientieren, sonder auch realitätsnähere Theorien in ihre Betrachtungen einbeziehen, um auf dieser Basis umsetzbare Gestaltungsvorschläge machen zu können. Potenzial hierfür ist vorhanden, beispielsweise in der Institutionenökonomik oder in der evolutorischen Wettbewerbstheorie. Die unter Ökonomen geführte Debatte über das Maß an quantitativer Forschungsmethodik hat gezeigt, dass eine differenzierte Betrachtungsweise nötig ist, die die Verwendung empirisch-statistischer Methoden von der Art der Fragestellung abhängig macht. Um dieses beurteilen zu können, muss allerdings die angewandte Forschungskompetenz an den Hochschulen verbessert werden. Darüber hinaus sollte es aber nicht nur weiterhin möglich sein, sondern zunehmend die Regel werden, dass einzelne Universitäten ein Forschungsprofil eher in theoretischer oder eher in empirischer Wirtschaftsforschung entwickeln. Wenn sich eine Reihe von Universitäten auf diese Weise selbst stärker in der empirischen Wirtschaftsforschung engagiert, steigt gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit für eine fruchtbarere Zusammenarbeit mit den außeruniversitären Instituten, die ihrerseits eine stärkere theoretische Fundierung ihrer Arbeiten anstreben.

Um die Wirtschaftswissenschaften in Deutschland in der genannten Weise zu entwickeln, die empirische Wirtschaftsforschung insgesamt zu stärken und die Leistungsfähigkeit und internationale Sichtbarkeit weiter zu erhöhen, sind Appelle allein nicht ausreichend. Es müssen vielmehr auf verschiedenen Ebenen an den Universitäten

und im Verhältnis zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen die institutionellen Voraussetzungen und Instrumente geschaffen werden, um die wünschenswerten Entwicklungen einzuleiten und für alle Beteiligten wirksame Anreize zusetzen. Die wichtigsten Empfehlungen betreffen die Repräsentanz deutscher Forscher in europäischen und internationalen wissenschaftlichen Kontexten, das Verhältnis der Universitäten zu dem großen Sektor der außeruniversitären Forschung auf diesem Gebiet, die Organisation von Forschung und Lehre an den Universitäten, die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Berufung qualifizierter Wissenschaftler, die Infrastruktur der Fakultäten, die informationelle Infrastruktur, das Verhältnis zu den Nachbardisziplinen sowie die Sicherung von Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung .

V.2. Zur Internationalisierung der Forschung

Die Forderung nach einer Internationalisierung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung hat verschiedene Aspekte. Hinsichtlich Themenauswahl und Methodik ist eine Zunahme international vergleichender Studien, auch unter Beteiligung von Wissenschaftlern aus dem Ausland festzustellen. Derartige Projekte sollten in Zukunft mit der wachsenden Bedeutung der europäischen und internationalen Wirtschaftsräume verstärkt entwickelt und auch gefördert werden. Die DFG bietet bereits heute die Möglichkeit, europäische und transatlantische Graduiertenkollegs einzurichten, bei der Einrichtung von Sonderforschungsbereichen besteht die Möglichkeit, mit Universitäten aus dem Ausland zu kooperieren. Diese Optionen sollten konsequenter wahrgenommen werden.

Im Hinblick auf eine international ausgerichtete empirische Wirtschaftsforschung wird die Frage international zugänglicher und vergleichbarer Daten bedeutsam. Hierzu liegen Empfehlungen der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) vor, die der Wissenschaftsrat nachdrücklich unterstützt. Insbesondere sollte die Entwicklung und Weitergabe der in Europa vorhandenen (Eurostat) und für die Mitgliedsländer der EU harmonisierten Datenbasen an die Wissenschaft mit Vorrang betrieben werden. Hier ist vor allem die

Bundesregierung als Partner der Wissenschaft gefordert. Darüber hinaus muss dafür Sorge getragen werden, dass rechtliche Hindernisse für den Datenzugang von Wissenschaftlern bei ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen abgebaut werden. Dieses gilt insbesondere auch für ausländische Wissenschaftler, die von der Nutzung deutscher amtlicher Mikrodaten bislang ausgeschlossen sind. Diese Situation kann zwar durch Kooperation mit deutschen Wissenschaftlern umgangen werden, sie bleibt jedoch ein ernstes Hindernis für eine breite, gleichberechtigte und unabhängige Zusammenarbeit mit Wirtschaftswissenschaftlern aus dem Ausland.

Eine befriedigende Regelung des internationalen Datenzugangs ist auch die Voraussetzung dafür, dass dauerhafte internationale Forschernetzwerke entstehen, an denen deutsche Forscher in signifikantem Maße partizipieren können. Auf dieser Grundlage sollten von Bund und Ländern, aber auch von privaten Wissenschaftsstiftungen, zusätzlich Mittel für den Wissenschaftleraustausch bereitgestellt werden.

Eine weitere Möglichkeit, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung stärker international auszurichten, besteht darin, auf europäischer Ebene eigene Forschungsinstitutionen zu etablieren. Die Errichtung von Einrichtungen in multinationaler europäischer Trägerschaft ist bislang vor allem in der Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften (z. B. EMBL) ein probates Mittel, um Forschungsanstrengungen international zu konzentrieren. Die gegenwärtig laufende von den Regierungschefs der Europäischen Union in Auftrag gegebene Initiative „The Mapping of S & T Excellence in Europe“, in der auch die Situation in den Wirtschaftswissenschaften erhoben wird, sollte zum Anlass genommen werden, nationale Zentren exzellenter wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zielgerichtet zu fördern und sie dazu zu veranlassen, sich mit anderen Spitzeneinrichtungen in Europa zu assoziieren.

Im Bereich der angewandten Forschung sollten sich deutsche Wirtschaftswissenschaftler stärker als in der Vergangenheit als Antragsteller bei den EU-Rahmenprogrammen engagieren. Im Vergleich zu den Hochtechnologieprogrammen waren deutsche Forscher in den für Ökonomen relevanten Programmen (z. B. Sozioökonomie) als Antragsteller unterdurchschnittlich vertreten. Die Erfolgsquote der gestellten Anträge war demgegenüber relativ hoch. Auch die Schwerpunkte des

6. Rahmenprogramms der EU lassen Bereiche erkennen, an denen sich Wirtschaftswissenschaftler aus Deutschland beteiligen können. Allerdings gilt es, die insbesondere bei EU-Programmen relativ hohen Kosten der Antragstellung, was den Personal- und Zeitaufwand betrifft, zu verringern. Dazu bedarf es einer besonderen Förderung der Antragstellung in den Hochschulen.

V.3. Zum Verhältnis von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben sich in den Wirtschaftswissenschaften als notwendig erwiesen, da die gezielte wirtschaftspolitische Beratung und systematische Bereitstellung wissenschaftlicher Infrastruktur, vor allem in Form großer Datenbanken und Erhebungen, nicht zu den Kernaufgaben der Universität gehört. Da gute Beratung und Service ohne eine entsprechende theoretische und methodische Basis nicht möglich sind, ist eine Zusammenarbeit der außeruniversitären Forschung mit den Hochschulen notwendig.

Der Wissenschaftsrat hatte bereits in seinen Empfehlungen aus dem Jahre 1998 das Verhältnis zwischen außeruniversitären Instituten und Hochschulen in Form von Lehr- und Forschungskooperationen durch gemeinsame Berufungen leitender Wissenschaftler in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gerückt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben diese Empfehlungen aufgegriffen und - zum Teil begünstigt durch einen Wechsel an der Spitze der Einrichtungen - einen fachlichen, personellen und organisatorischen Erneuerungsprozess eingeleitet. Diesen gilt es zu festigen und durch Maßnahmen der internen Qualitätssicherung in den Instituten abzusichern. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass in den Instituten neben den zweifellos vorhandenen methodischen und empirischen Basiskompetenzen auch eigenständige Beiträge zur Methodenentwicklung und - in einem gewissen Maße - auch zur Theoriebildung entstehen. Eine solche originäre wissenschaftliche Kompetenz ist notwendige Voraussetzung, um insbesondere mit den Hochschulen im Rahmen von Forschungsprojekten sinnvoll kooperieren zu können.

Für die Hochschulen ergibt sich spiegelbildlich die Notwendigkeit, Forschungsinteressen im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung mehr als bisher zu entwickeln und entsprechende methodische und empirische Kompetenzen zu fördern. Theoretische Beiträge, die im Kontext der Hochschulen entwickelt werden, sollen verstärkt für empirische Fragestellungen nutzbar gemacht werden. Den Hochschulen ist zu empfehlen, Arbeiten in der empirischen Wirtschaftsforschung zu fördern und entsprechende Universitätsinstitute aufzubauen. Auch empfiehlt sich, dass Fakultäten und außeruniversitäre Institute in Zukunft häufiger als bisher Forschungsprojekte gemeinsam initiieren und durchführen, Infrastruktur gemeinsam nutzen und die Datensätze wechselseitig zur Verfügung stellen. Im Zuge einer verbesserten informationellen Infrastruktur (vgl. Abschnitt IV.6.) werden die Fakultäten künftig über erheblich verbesserte Voraussetzungen für empirische Wirtschaftsforschung verfügen.

In Deutschland ist in vielen Disziplinen eine Arbeitsteilung zwischen Universitäten und außeruniversitären Instituten gewachsen, die es in dieser Form in anderen Ländern kaum gibt. Auf einzelnen Forschungsfeldern – insbesondere in den Naturwissenschaften – zeigen sich die Stärken dieses Systems, da in den außeruniversitären Instituten oft international anerkannte Spitzenforschung betrieben wird. Andererseits leidet häufig die Qualität der Forschung in den Universitäten und damit auch der Lehre unter dieser Arbeitsteilung, weil Spitzenkräfte an besser ausgestattete außeruniversitäre Institute abwandern.

Für den Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung in Deutschland gilt es, sowohl die empirische Forschungskompetenz der Hochschulen wie der außeruniversitären Institute zu entwickeln. Dafür empfiehlt es sich, eine enge personelle Verflechtung zu ermöglichen, und zwar durch gemeinsame Berufung der leitenden Mitarbeiter der Institute, durch die Erteilung von Lehraufträgen an diese Wissenschaftler, durch gemeinsame Betreuung von Doktoranden und durch Forschungskooperation.

Förderagenturen und Zuwendungsgeber sollten in Zukunft im Rahmen der Drittmittel- bzw. Auftragsforschung wirksame Anreize setzen, um Forschungskooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wahr

scheinlich zu machen. So könnte – wie dieses die DFG in den Erziehungswissenschaften bereits etabliert hat - ein Verbundforschungsprogramm für die Wirtschaftswissenschaften aufgelegt werden, das in geeigneten Fällen die gemeinsame Durchführung theoretischer und empirischer Forschungsprojekte belohnt. Ein solches Verbundprogramm wird umso wirksamer sein, je enger es an die sachlichen Kooperationsinteressen der Wissenschaftler anschließt. In diesem Fall werden die zusätzlichen Koordinierungskosten durch wissenschaftliche Erkenntnisgewinne und die Qualität der theoretisch und empirisch fundierten wirtschaftspolitischen Beratung gerechtfertigt sein.

V.4. Zur Organisation von Forschung und Lehre

Die Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen sehen sich im Wesentlichen mit zwei unterschiedlichen Erwartungen konfrontiert: Zum einen wird von ihnen erwartet, die Berufsfähigkeit der Absolventen durch eine praxisbezogene empirisch orientierte Ausbildung zu verbessern, zum anderen ist es das Ziel, die Forschung, insbesondere in der Verschränkung von Theorie und empirischer Wirtschaftsforschung, auf internationalem Niveau zu intensivieren. Für beide Zielsetzungen kommt der Struktur des Studiums und der Konzentration der Forschung auf relevante Fragestellungen große Bedeutung zu.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass eine Studienstruktur, bei der zwischen einem berufsqualifizierendem Erstabschluss (Bachelor) und einem wissenschaftlich weiterqualifizierendem Abschluss (Master), an den sich die Promotion anschließen kann, unterschieden wird, gute Voraussetzungen für eine Stärkung des Beschäftigungsbezugs und des Niveaus der Forschung bietet. Das Hochschulrahmengesetz eröffnet seit 1998 die Möglichkeit, eine derartige Studienstruktur an deutschen Hochschulen einzuführen; in der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten wird davon bislang eher zögerlich Gebrauch gemacht. Es sollte grundsätzlich möglich sein, dass hochqualifizierte Studenten – wie in den USA – direkt nach dem BA-Abschluss in das Doktorandenprogramm übergehen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Existenz eines strukturierten Promotionskollegs mit einem 3-4-semestrigen Pflichtprogramm

und mit einem Auswahlverfahren. Ein solches strukturiertes Promotionskolleg, in dem wissenschaftliche Maßstäbe und Verantwortlichkeiten festgelegt sind und das ein anspruchsvolles Studienprogramm einschließt, sollte der Regelfall der Doktorandenausbildung werden.[18)]

Gleichzeitig müssen die Curricula des Fachs auf den Prüfstand gestellt werden: Im Rahmen einer berufsqualifizierenden Ausbildung sollten vor allem grundlegende makro- und mikroökonomische Kenntnisse zu unterschiedlichen Handlungsfeldern (Arbeitslosigkeit, Wachstum, Einkommensverteilung, Internationale Märkte usw.) und deren empirische Fundierung im Mittelpunkt stehen. Theorien der Volkswirtschaftslehre und Methoden der empirischen Forschung sollten nicht ohne Anwendungsbezug und ohne Zusammenhang zueinander gelehrt werden. Es wäre vielmehr wünschenswert, wenn im Hauptstudium Kurse eingerichtet würden, in denen konkrete Fragestellungen anhand statistischer Daten analysiert werden. Der Anteil ökonometrisch-statistischer Methoden in der Ausbildung der Studierenden sollte auf diese Weise insgesamt erhöht werden, spätestens im Hauptstudium sollten Kenntnisse und Anwendungen der Ökonometrie verpflichtender Bestandteil sein. Das deutsche Fakultätsmodell in der Volkswirtschaftslehre mit seiner traditionellen Untergliederung in Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaften sollte daraufhin überprüft werden, ob eine Untergliederung nach Problemen (z. B. Wachstum und Geldpolitik) die jeweils theoretische, empirische und wirtschaftspolitische Fragen miteinander verbinden, einer wettbewerbsfähigen Ausbildung eher gerecht wird. Im Hinblick auf die Lehrangebote entsteht Anwendungsorientierung aus der Fähigkeit heraus, bestimmte, realitätsnahe volkswirtschaftliche Denkmuster flexibel auf konkrete Fragestellungen anwenden und die so gezogenen Schlussfolgerungen mit geeigneten Datenmaterial unterfüttern zu können.

Für die Einführung und systematische Begleitung neu strukturierter wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge an Hochschulen regt der Wissenschaftsrat die Förderung einer kleinen Zahl von Modellstudiengängen an, die weiteren Aufschluss über geeignete Formen zur Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung in der Ausbil

[18)] Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Doktorandenausbildung, Saarbrücken 2002.

dung geben sollen. Derartige Modellstudiengänge könnten vom Stifterverband für eine begrenzte Zeit gefördert und gezielt für die Weiterentwicklung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums an den Hochschulen ausgewertet werden.

Zur Intensivierung der Forschung müssen stärker als bisher die Instrumente zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses genutzt werden. Zu diesem Zweck sollten an allen Universitäten, die über ein besonderes Profil in der Forschung verfügen, systematische Graduiertenstudien angeboten werden, die auf internationalem Niveau den Anschluss an aktuelle theoretische und methodische Entwicklungen sicherstellen. Bereits jetzt ist erkennbar, dass einzelne Hochschulen die Förderinstrumente der Graduiertenkollegs und der Sonderforschungsbereiche der DFG gezielt nutzen, um ihr Forschungsprofil zu schärfen. Dabei sollten die Möglichkeiten der Spezialisierung, die sich aus der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Instituten ergeben, besser genutzt werden. Darüber hinaus sollten die Länder zusätzliche Mittel bereitstellen und in Konkurrenz vergeben, damit die erfolgreichen Kollegs auf eine dauerhafte Grundlage gestellt und ausgebaut werden können. Eine starke thematische Einengung der Doktorandenprogramme und Graduiertenkollegs sollte zugunsten der Vermittlung themenübergreifender Methoden- und Forschungskompetenzen vermieden werden.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen bieten aufgrund ihrer Infrastruktur und der vorhandenen empirischen Datensätze in der Regel gute Voraussetzungen für empirisch orientierte Dissertationen. Im Zuge der Bemühungen an allen Hochschulen, Promotionskollegs einzurichten, sollten Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verstärkt Vereinbarungen treffen, die eine Zusammenarbeit bei der Betreuung von Promotionen regeln. Doktoranden an außeruniversitären Einrichtungen sollten grundsätzlich in die Veranstaltungen des Promotionskollegs der Hochschule eingebunden sein.

Um die Qualität der Graduiertenausbildung auf einem möglichst hohen Niveau zu etablieren, sollten zusätzlich Mittel für exzellente Gastwissenschaftler bereitgestellt werden, die das thematische Profil einer Fakultät sinnvoll ergänzen. Verglichen mit anderen europäischen Ländern ist der Anteil ausländischer Studierender in den Wirt

schaftswissenschaften, vor allem in der Graduiertenausbildung, zu gering. Auch in dieser Hinsicht stellen dem Exzellenzprinzip verpflichtete Graduiertenschulen und die Mitarbeit in Sonderforschungsbereichen eine zusätzliche Attraktion für ausländische Studierende dar. Englisch sollte in der Graduiertenausbildung und bei den Promotionsprüfungen gleichberechtigte Wissenschaftssprache sein. Außerdem müssen die vorhandenen Austauschprogramme für junge deutsche und ausländische Nachwuchswissenschaftler weiterentwickelt und besser genutzt werden. Um die Attraktivität für jüngere, insbesondere ausländische, Gastwissenschaftler zu stärken, sollten auch auf zwei bis drei Jahre befristete Stellen oder Post-doc-Stipendien bei Forschergruppen, die mindestens drei Professuren umfassen, eingerichtet werden. Hierfür erscheint ein Lehrdeputat von zwei SWS angemessen. Insgesamt müssen die vorhandenen Möglichkeiten, junge ausländische Wirtschaftswissenschaftler für einen Forschungsaufenthalt in Deutschland zu interessieren, besser genutzt werden. In diesem Zusammenhang sollten auch die Forschungsstipendien der Alexander von Humboldt-Stiftung in den Wirtschaftswissenschaften besser bekannt gemacht und genutzt werden.

Insgesamt sollte der Aus- und Weiterbildung – auch in der wissenschaftlichen Karriere bereits fortgeschrittener Wissenschaftler – künftig besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Angesichts der schnellen wissenschaftlichen Entwicklung besteht auch bei erfahrenen Wissenschaftlern Nachholbedarf in der Kenntnis von fortgeschrittenen ökonometrischen Methoden und EDV-Anwendungen. Die Einrichtung einer zentralen Summer-School zu diesem Thema, ähnlich der Methodenseminare der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS), sollte deshalb geprüft werden.

V.5. Zum wissenschaftlichen Personal

Der Gewinnung hochqualifizierter Professoren kommt für die Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit und eine Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen eine zentrale Bedeutung zu. Hochschulen und Fakultäten sollten des

halb in Zukunft die Berufungspolitik verstärkt zur thematischen und qualitätsbezogenen Profilbildung ihrer Fakultäten nutzen.

Bereits jetzt ist festzustellen, dass Fakultäten mit einem klaren Forschungsprofil im Wettbewerb um Personen und Fördermittel kompetitive Vorteile haben; Instrumente und Förderverfahren wie die kürzlich etablierten Forschungszentren der DFG machen deutlich, dass Konzentration und Profilbildung zunehmend förderpolitisch belohnt werden. Dabei kann es nicht das Ziel sein, dass alle oder auch nur eine Mehrzahl der deutschen Fakultäten ein Forschungsprofil in der empirischen Wirtschaftsforschung entwickeln. Auch in Zukunft wird es sowohl Fakultäten mit einem eher theoretischen bzw. einem empirischen Forschungsprofil geben. Im Rahmen der Berufungen sollte die strikte Trennung zwischen Theorie und Empirie aufgehoben werden; entscheidend für eine Berufung sollte vielmehr sein, dass die betreffende Person mit ihren Arbeitsschwerpunkten in die Fakultät passt und im Sinne der gewünschten Profilbildung die vorhandenen Kompetenzen ergänzt und verstärkt. Zur besseren Integration von theoretischer und empirischer Forschung sollten in stärkerem Maße als in der Vergangenheit empirisch exzellent ausgewiesene Wissenschaftler berufen werden.

In den Wirtschaftswissenschaften schlägt sich der wissenschaftliche Fortschritt fast ausschließlich in Zeitschriftenaufsätzen nieder. Deshalb sollte darauf geachtet werden, dass der Hochschullehrernachwuchs eine Mindestanzahl von Aufsätzen in referierten internationalen Zeitschriften aufweisen kann. Voraussetzung für eine Berufung sollte weiterhin sein, dass für mindestens ein halbes Jahr an einer ausländischen Institution geforscht wurde. Die Finanzierung könnte über einen Projektantrag bei der DFG bzw. im Falle wissenschaftlicher Mitarbeiter durch vorübergehende Freistellung von den Dienstaufgaben unter Fortzahlung der Bezüge erfolgen. Angehende Hochschullehrer sollten möglichst eine empirisch angelegte Forschungsarbeit und eine gemeinschaftliche Untersuchung durchgeführt haben.

Entscheidend ist in jedem Fall, in internationalem Maßstab besonders qualifizierte Wissenschaftler zu gewinnen, deshalb sollten freiwerdende Professorenstellen inter

national ausgeschrieben werden.[19)] Außerdem sind die vorhandenen Anreizsysteme auszubauen. Damit deutsche Hochschulen für exzellente, vor allem auch ausländische Wissenschaftler attraktiv werden, müssen von den Zuwendungsgebern weitere Anstrengungen für eine Flexibilisierung der Besoldungsstruktur mit stärker leistungsabhängigen Anteilen eingeführt werden. Wie internationale Beispiele zeigen, finanzieren Fakultäten im Ausland international konkurrenzfähige Gehälter zum Teil durch privatwirtschaftlich finanzierte An-Institute, deren Gewinne zusätzliche Spielräume für die Bereitstellung monetärer Anreize eröffnen. Eine solche Praxis stellt nur einen Weg dar, um zusätzliche materielle Anreize im Rahmen von Berufungen zu schaffen; auch ist dieses Instrument im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Universität und kommerziell arbeitenden An-Instituten behutsam einzusetzen. Gleichwohl sollten solche Optionen auch in Deutschland möglich sein, ohne dass hochschul- und wettbewerbsrechtliche Regelungen dem entgegenstehen.

Deutsche Hochschulen müssen aber auch in anderer Hinsicht attraktiver werden: so ist das Lehrdeputat deutscher Professoren, gerade auch im internationalen Vergleich, zu hoch.

An Stelle einer generellen Verringerung des Lehrdeputats sollten eine Reihe von Regelungen geprüft werden, die an einigen ausländischen Hochschulen bereits praktiziert werden. Um an den deutschen Universitäten international konkurrenzfähige Programme der Doktorandenausbildung aufbauen zu können, sollte die im Rahmen eines Promotionskollegs geleistete Lehre auf das Lehrdeputat angerechnet werden. Zusätzlich sollten hervorragende Forschungsleistungen belohnt werden können. Schließlich ist zu prüfen, ob den Hochschullehrern die Möglichkeit eröffnet werden kann, sich zeitlich begrenzt für Forschungszwecke durch eingeworbene Drittmittel von einem Teil des Lehrdeputats freizukaufen („teaching-buy-out“). Die genannten Instrumente können und sollten flexibel genutzt werden. Die Einheit von Forschung und Lehre wird auf diese Weise nicht in Frage gestellt: Die Entlastung einzelner Wissenschaftler in der grundständigen Lehre ermöglicht jedoch eine intensivere forschungsorientierte Lehre im Haupt- und Doktorandenstudium.

[19)] Vgl. auch den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.11.1978 i. d. F. vom 15.8.2002, Nr. 1 Abs. 1: „Professuren werden in der Regel international ausgeschrieben.“

Bei der Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland sollte verstärkt auf den wissenschaftlichen Nachwuchs gesetzt werden. Die Einführung der Juniorprofessur im deutschen Wissenschaftssystem, die es jungen Nachwuchswissenschaftlern ermöglichen soll, frühzeitig ein eigenes Forschungsprofil zu gewinnen und größere Selbständigkeit zu erlangen, sollte zusätzlich dazu genutzt werden, die Verknüpfung von Theorie und Empirie zu stärken. Die Juniorprofessur sollte auch als Anreiz für junge Postdoktoranden genutzt werden, ihre wissenschaftliche Karriere in Deutschland fortzusetzen.

V.6. Zur informationellen Infrastruktur

Für eine Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung ist die Verfügbarkeit von zuverlässigen Datenquellen und der Zugang zu Daten der amtlichen Statistik unerlässlich. Der Wissenschaftsrat begrüßt, dass dieses lange vernachlässigte Thema inzwischen sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik die Priorität erlangt hat, die es verdient, und konkrete Empfehlungen für eine Verbesserung der informationellen Infrastruktur vorliegen.

Die vom BMBF eingesetzte „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik" (KVI) hat die Ausgangslage für Deutschland detailliert analysiert und konkrete Empfehlungen abgegeben. Einzelne Empfehlungen zielen u. a. darauf ab:

- die Koordination von Wissenschaft und Statistik durch institutionelle Regelungen zu verbessern,
- insbesondere Wissenschaftler verstärkt an der Aufstellung von Erhebungs- und Aufbereitungsprogrammen der amtlichen Statistik zu beteiligen, und das Wissenschaftssystem entsprechend zu organisieren,
- gesetzliche Vorgaben in einzelstatistischen Gesetzen auf ein Mindestmaß zu beschränken,
- aggregierte Daten der amtlichen Statistik weitgehend kostenfrei via Internet bereitzustellen,

- bessere Zugangsmöglichkeiten zu Mikrodaten für die Wissenschaft zu gewährleisten, insbesondere durch Scientific Use Microdata Files,
- Forschungsdatenzentren für den kontrollierten Zugang zu datenschutzrechtlich sensiblen Danten einzurichten,
- harmonisierte Datenbasen auf internationaler Ebene zu schaffen,
- den Datenaustausch mit EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten zu fördern und auf eine leichte Zugangsmöglichkeit der Wissenschaft zu den Daten des Eurostat hinzuwirken,
- den notwendigen Datenschutz durch die gesetzliche Verankerung eines „Forschungsdatengeheimnisses“ einerseits zu stärken, andererseits aber für die wissenschaftliche Praxis zu vereinfachen,
- Servicezentren zur Nutzerberatung zu etablieren und
- die Forschung zu Erhebung, Aufbereitung und Archivierung von Daten gezielt zu fördern, u. a. durch Einführung des Fachs „Empirische Wirtschaftsforschung" bei der DFG.

Aus Sicht des Wissenschaftsrates kommt es mittelfristig vor allem darauf an, die institutionellen Grundlagen für eine verbesserte Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Datenproduzenten der amtlichen Statistik und der Wissenschaft zu entwickeln. Dabei müssen sich sowohl die wissenschaftlichen Verbände und Einrichtungen besser organisieren, um die Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme der amtlichen Statistik besser mitgestalten zu können, als auch die tatsächlichen Möglichkeiten der Wissenschaft für die Erhebung wissenschaftsgetragener Daten systematisiert werden.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Datenzugangs kommt der Empfehlung der KVI, künftig Forschungsdaten- und Servicezentren zu gründen, eine besondere Bedeutung zu. In Forschungsdatenzentren sollen datenschutzrechtlich sensible Daten kontrolliert für wissenschaftliche Analysen zugänglich gemacht werden. Diese Einrichtungen sollen bei den Datenanbietern und als selbständige Bereiche in Hochschulen oder außeruniversitären Einrichtungen angesiedelt sein. Unabhängige Servicezentren sollen dazu dienen, die Dokumentation der Daten zu organisieren, Wis

senschaftler bei der Quellensuche und deren Erschließung sowie bei notwendigen statistischen Grundlagenarbeiten zu unterstützen.

Zur Koordinierung innerhalb der Wissenschaft und für deren Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik sowie zur Koordinierung der Arbeit hat das BMBF inzwischen einen Gründungsausschuss für einen Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, in dem die wichtigsten Datenproduzenten und Datennutzer sowie Bund und Länder vertreten sind, eingesetzt. Erste Forschungsdaten- und Servicezentren werden von der Bundesregierung aus Projektmitteln der Forschungsförderung unterstützt.

Der Wissenschaftsrat unterstützt diese Entwicklungen nachdrücklich und begrüßt die rasche Umsetzung der Empfehlungen der Kommission.

In der 15. Legislaturperiode sollte von der Bundesregierung ein „Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten“ eingerichtet werden und ein Gesetz über ein „Forschungsdatengeheimnis“ verabschiedet werden.

V.7. Zum Verhältnis zu anderen Disziplinen

Die Wirtschaftswissenschaften kennzeichnet eine relativ geschlossene disziplinäre Entwicklung, die zu gut funktionierenden internen Mechanismen der Reputationszuweisung und Qualitätskontrolle geführt hat. Stärker als andere Sozialwissenschaften sind die Wirtschaftswissenschaften an einem Erklärungsideal orientiert, das in der Theoriebildung möglichst universelle Gesetze verfolgt und in der empirischen Forschung eine mathematisch-statistische Darstellung anstrebt. Das Modell des homo oeconomicus steht beispielhaft für die Entwicklung eines wirtschaftlichen Verhaltensmodells, das nach wie vor große Bedeutung für das Selbstverständnis des Fachs hat. Die Anerkennung, die Ökonomen für ihre Arbeit erhalten, beruht im wesentlichen auf ihren nomothetischen Aussagen.

Die ausgesprochen erfolgreiche disziplinäre Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften, die als akademisches Fach an nahezu allen Universitäten voll ausgebaut

ist, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen. Interdisziplinäre Zusammenarbeit kann niemals Selbstzweck sein; auch darf sie nicht mit der Aufhebung disziplinärer Standards verbunden sein; diese bleiben vielmehr die Voraussetzung, um einen fruchtbaren Dialog der Disziplinen überhaupt führen zu können. Insbesondere in der Ausbildung sind disziplinäre Standards und deren Vermittlung essentiell.

Vor allem im Bereich der problemorientierten Grundlagenforschung wie auch der angewandten Forschung kann interdisziplinäre Forschung aber dazu beitragen, das wissenschaftliche Erklärungspotential zu erweitern, indem verhaltenstheoretische Annahmen systematisch einbezogen und zur Erklärung ökonomischer Phänomene herangezogen werden. Die Wechselwirkung mit anderen Fächern bis in die Naturwissenschaften hinein durch Austausch von Personen und Einsatz dort etablierten Methoden bietet interessante Ansätze, die verstärkt werden sollten. Insbesondere die außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstitute sollten aufgrund ihres Auftrags und der bearbeiteten Themen über gute Voraussetzungen für interdisziplinäres Arbeiten verfügen. Problemorientierte Forschungen zur Arbeitslosigkeit, zum Strukturwandel oder zur Zukunft des öffentlichen Sektors profitieren ersichtlich durch die Einbeziehung sozialpsychologischer, rechtswissenschaftlicher, politikwissenschaftlicher und soziologischer Aspekte. Gerade an den Schnittstellen zwischen den Disziplinen nehmen wissenschaftliche Innovationen häufig ihren Anfang. Dieses gilt ebenso für die Schnittstelle zur gesellschaftlichen Praxis und bei der wirtschaftspolitischen Beratung, wo es nicht um wissenschaftlich „reine", sondern um gesellschaftlich praktikable Lösungen geht.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, dass auch interdisziplinäre Projekte besondere Beachtung finden. Diese Empfehlung richtet sich an alle fördernden Organisationen, einschließlich der DFG, die im Rahmen ihrer auf wissenschaftliche Kooperation angelegten Förderinstrumente (Forschungsgruppen, Sonderforschungsbereiche) über gute Möglichkeiten für die Stimulierung interdisziplinärer Forschung verfügt. Häufig bedeutet es in der Antragstellung den zweifellos riskanteren und aufwendigeren Weg konsequent interdisziplinäre Projektvorschläge zu entwickeln. Umso wichtiger ist es, dass solche Initiativen – sofern sie die erforderliche Qualität aufweisen – mit guten

Erfolgsaussichten gefördert werden. Dabei ist zu beachten, dass es sich stets um Projekte handelt, die auch innerhalb der einzelnen Disziplinen „anschlussfähig" sind und bleiben und vor allem unter Gesichtspunkten wissenschaftlicher Reputation und Karriere wirksame Anreize für die beteiligten Wissenschaftler darstellen. Grundlage interdisziplinärer Zusammenarbeit ist und bleibt das Interesse der einzelnen Forscher an der Lösung bestimmter Forschungsfragestellungen, wofür der Dialog mit anderen Disziplinen hinreichend große Erfolgsaussichten liefern muss. Auch deshalb lässt sich mehr und vertiefte Interdisziplinarität der Wirtschaftswissenschaften nicht förderpolitisch verordnen, sondern nur unterstützen.

V.8. Zum Anwendungsbezug und zur wirtschaftspolitischen Beratung

Eine Stärkung der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um den Anwendungsbezug der Forschung zu stärken und die Hochschulen systematischer in wirtschaftspolitische Beratungsaktivitäten einzubeziehen. Hinzu kommt, dass wirksame Anreize für die Beteiligung an anwendungsorientierter Forschung und Beratung gesetzt werden müssen. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass angewandte Forschung und Beratung akademischen Standards der Profession genügt und auf der Grundlage guter wissenschaftlicher Arbeit erfolgt. Der Wissenschaftsrat unterstützt deshalb den von einzelnen Wirtschaftswissenschaftlern gemachten Vorschlag, [20)] eine Veröffentlichungspflicht für ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Gutachten einzuführen. Er hält außerdem den Vorschlag für erwägenswert, ein Forum für die kritische wissenschaftliche Diskussion von Beratungsgutachten zu schaffen, um auf diese Weise die Qualität wirtschaftspolitischer Beratung zu heben. Der Vorschlag, eine Zeitschrift für wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung zu gründen, in der wichtige Gutachten diskutiert werden können, geht in die gleiche Richtung. Dabei ist allerdings dafür Sorge zu tragen, dass nicht umgekehrt Anreize für eine zu starke theoretische Fassung der Gutachten entstehen. Auch sollte zunächst die Möglichkeit

[20)] Vgl. Klaus F. Zimmermann (Hrsg.): Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft, Zusammenfassung und Empfehlungen (unter Mitwirkung von: Siegfried Berninghaus, Harald Hagemann, Richard Hauser, Rüdiger Soltwedel, Stefan Voigt, Jürgen von Hagen, Gert G. Wagner, Wolfgang Wiegard und Klaus F. Zimmermann, Berlin 2001, S. 537–545.

geprüft werden, die vorhandenen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften für eine Diskussion von Fragen der wissenschaftlichen Politikberatung zu nutzen.

Ministerien und andere öffentlich finanzierte Institutionen sollten mit Angabe der Abstracts eine öffentlich einsehbare Liste aller geförderten Forschungsprojekte führen, außerdem sollte für neue Forschungsprojekte eine generelle Verpflichtung zur Ausschreibung bestehen.

Den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, aber auch den einzelnen Forschern an den Hochschulen, empfiehlt der Wissenschaftsrat, sich stärker untereinander zu vernetzen und als Netzwerke von Forschern für eine zeitlich begrenzte Auftragsforschung und Beratung zur Verfügung zu stehen. Vorbild könnte das „Centre for Economic Policy Research“ in London sein, das nur über einen kleineren eigenen Mitarbeiterstab verfügt und für die Durchführung seiner empirischen Forschungsprojekte im Wesentlichen auf ein Netzwerk von – auch ausländischen – Wissenschaftlern zurückgreift. Die Gründung gemeinsamer An-Institute für die Durchführung derartiger Projekte stellt ein anderes Modell dar, um die Beratungskompetenzen an den Hochschulen zu bündeln und zu institutionalisieren. Zu den Prinzipien und Qualitätsstandards wirtschaftspolitischer Beratung sollten die betroffenen Einrichtungen einen verbindlichen wissenschaftlichen Verhaltenskodex entwickeln, in dem insbesondere Fragen der Veröffentlichungspflicht sowie die Transparenz der verwendeten Daten und Methoden und ihre Nutzung durch Dritte geregelt sein sollten.

Auf der anderen Seite sind das Interesse und die Bereitschaft von Wissenschaftlern, wirtschaftspolitische Beratungsaufgaben zu übernehmen, ganz wesentlich davon bestimmt, wie die Auftraggeber mit den Beratungsergebnissen umgehen. Eine Voraussetzung für wissenschaftlich hochwertige Beratung ist, dass die öffentlichen Auftraggeber sich auf einen kritischen Dialog mit den Beratern einlassen und sich mit ihnen darüber auseinandersetzen, warum sie einzelne Ratschläge für ungeeignet halten.

VI. Zusammenfassende Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat legte, nach der Evaluation der Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste in den Jahren 1996 bis 1998, nunmehr auch eine Untersuchung zur Struktur, Organisation und Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen in Deutschland vor. Ziel ist nicht die Evaluation der Leistungen einzelner wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten, sondern eine aggregierte Analyse des Fachs und seiner institutionellen Einbettung: Sie mündet in Strukturempfehlungen zur Stärkung der empirische Wirtschaftsforschung an den Hochschulen.

Der Wissenschaftsrat stellt fest, dass die deutsche wirtschaftswissenschaftliche Forschung international nicht breit genug sichtbar ist und hinsichtlich der Veröffentlichungen in referierten internationalen Zeitschriften deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt. Besonders die empirische Wirtschaftsforschung, die Theorien auf ihre Tragfähigkeit prüft, konkrete wirtschaftliche Probleme analysiert und sich dabei der Analyse größere Datensätze bedient, ist an den Hochschulen strukturell unterrepräsentiert. Eine Folge, dass die wissenschaftliche Beratung für Politik und Öffentlichkeit nach wie vor weitgehend von den großen außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstituten durchgeführt wird, während der Beitrag der Hochschulen zur angewandten ökonomischen Forschung gering bleibt. Diese Situation ist auch hinsichtlich der Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung unbefriedigend.

Um die Situation der empirischen Wirtschaftsforschung an den Hochschulen zu verbessern, legt der Wissenschaftsrat eine Reihe von Empfehlungen vor, die sich im Wesentlichen an Bund und Länder, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen richten.

Im Hinblick auf eine international ausgerichtete empirische Wirtschaftsforschung wird die Frage international zugänglicher und vergleichbarer Daten zunehmend bedeutsam. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, dass die Entwicklung und Weitergabe der in Europa vorhandenen und für die Mitgliedsländer der EU harmonisierten Datenbasen an die Wissenschaft mit Vorrang betrieben werden muss. Rechtliche Hindernisse für den Datenzugang müssten abgebaut werden. Die Wirtschaftswissenschaften an den

Hochschulen sollten noch konsequenter als bisher von europäisch bzw. transatlantisch angelegten Förderprogrammen, etwa der DFG, Gebrauch machen und sich stärker innerhalb der Forschungsrahmenprogramme der europäischen Union engagieren.

Zum Verhältnis von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung bekräftigt der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen aus dem Jahre 1998, das Verhältnis von außeruniversitären Instituten und Hochschulen in Form von Lehr- und Forschungskooperationen durch gemeinsame Berufungen leitender Wissenschaftler weiter zu intensivieren. Förderagenturen und Zuwendungsgeber sollten in Zukunft im Rahmen der Drittmittel bzw. Auftragsforschung wirksame Anreize setzen, um Forschungskooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu ermöglichen. Der Wissenschaftsrat regt ein Verbundforschungsprogramm für die Wirtschaftswissenschaften an, das in geeigneten Fällen die gemeinsame Durchführung theoretischer und empirischer Forschungsprojekte belohnt.

Hinsichtlich der Organisation von Forschung und Lehre sollten die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten an den Hochschulen die durch das Hochschulrahmengesetz ermöglichte zweistufige Studienstruktur (Bachelor/Master) nutzen. Es sollte grundsätzlich möglich sein, dass hochqualifizierte Studenten direkt nach dem BA-Abschluss in das Doktorandenprogramm übergehen. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines strukturierten Promotionskollegs. Gleichzeitig müssen die Curricula des Fachs auf dem Prüfstand gestellt werden, Theorien der Volkswirtschaftslehre und Methoden der empirischen Forschung sollten nicht ohne Anwendungsbezug und ohne Zusammenhang zueinander gelehrt werden. Der Anteil ökonometrisch-statistischer Methoden in der Ausbildung der Studierenden sollte insgesamt erhöht werden, spätestens im Hauptstudium sollten Kenntnisse und Anwendung der Ökonometrie verpflichtender Bestandteil sein. Für die Einführung und systematische Begleitung neu strukturierter wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge an Hochschulen regt der Wissenschaftsrat die Förderung einer kleinen Zahl von Modellstudiengängen an. Englisch sollte in der Graduiertenausbildung und bei den Promotionsprüfungen gleichberechtigte Wissenschaftssprache sein. Außerdem müssen die

vorhandenen Austauschprogramme für junge deutsche und ausländische Nachwuchswissenschaftler weiterentwickelt und besser genutzt werden.

Der Gewinnung hochqualifizierte Professoren kommt für die Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit und eine Stärkung der empirische Wirtschaftsforschung an den Hochschulen eine zentrale Bedeutung zu. Es sollte darauf geachtet werden, dass der Hochschullehrernachwuchs eine Mindestzahl von Aufsätzen in referierten internationalen Zeitschriften aufweisen kann. Voraussetzung für eine Berufung sollte weiterhin sein, dass für mindestens ein halbes Jahr an einer ausländischen Institution geforscht wurde. Angehende Hochschullehrer sollten möglichst eine empirisch angelegte Forschungsarbeit durchgeführt haben. Damit deutsche Hochschulen für exzellente, vor allem auch ausländische Wissenschaftler attraktiv werden, müssen von den Zuwendungsgebern weitere Anstrengungen für eine Flexibilisierung der Besoldungsstruktur mit stärker leistungsabhängigen Anteilen eingeführt werden. Außerdem sollte die im Rahmen eines Promotionskollegs geleistete Lehre auf das Lehrdeputat angerechnet werden können. Das Lehrdeputat deutscher Professoren, gerade auch im internationalen Vergleich, ist zu hoch.

Für eine Stärkung der empirische Wirtschaftsforschung ist die Verfügbarkeit von zuverlässigen Datenquellen und der Zugang zu Daten der amtlichen Statistik unerlässlich. Aus Sicht der Wissenschaftsrates kommt es mittelfristig vor allem darauf an, die institutionellen Grundlagen für eine verbesserte Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Datenproduzenten der amtlichen Statistik und der Wissenschaft zu entwickeln. Der Wissenschaftsrat unterstützt die Ergebnisse der vom BMBF eingesetzten „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI). In der 15. Legislaturperiode sollte von der Bundesregierung ein „Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten“ eingerichtet werden und ein Gesetz über ein „Forschungsdatengeheimnis“ verabschiedet werden.

Zur Förderung der problemorientierten Wirtschaftsforschung empfiehlt der Wissenschaftsrat den fördernden Organisationen, einschließlich der DFG, dass interdisziplinäre Projekte künftig besondere Beachtung finden.

Um den Anwendungsbezug wirtschaftswissenschaftlicher Forschung zu stärken und die Hochschulen systematischer in wirtschaftspolitische Beratungsaktivitäten einzubeziehen, müssen bessere Voraussetzungen geschafften werden. Der Wissenschaftsrat unterstützt den Vorschlag, eine Veröffentlichungspflicht für ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Gutachten einzuführen. Er hält außerdem den Vorschlag für erwägenswert, ein Forum für die kritische wissenschaftliche Diskussion von Beratungsgutachten zu schaffen, um auf diese Weise die Qualität wirtschaftspolitischer Beratung zu heben. Ministerien und andere öffentliche finanzierte Institutionen sollten eine öffentlich einsehbare Liste aller geförderten Forschungsprojekte führen, außerdem sollte für neue Forschungsprojekte eine generelle Verpflichtung zur Ausschreibung bestehen. Eine Voraussetzung für gute wissenschaftliche Beratung ist aber auch, dass die öffentlichen Auftraggeber einen kritischen Dialog mit den Beratern über die Umsetzung von Empfehlungen führen.